

**Beginn: 10:01 Uhr**

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie sehr herzlich willkommen zu unserer heutigen, 9. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein GruÙ gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **drei Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir feiern heute auch einen **Geburtstag**, nämlich den von Frau Ministerin **Svenja Schulze**.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Frau Schulze, herzlichen Glückwunsch zu Ihrem Geburtstag und alles Gute auch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen!

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** möchte ich noch Folgendes bekannt geben: Die Fraktionen haben sich zum **Tagesordnungspunkt 2**, der ersten Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2010 in Verbindung mit der Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes, auf Bitten des Innenministers darauf verständigt, nach der Einbringung des Nachtragshaushaltsgesetzes hierüber zuerst die Debatte zu führen. Anschließend erfolgen die Einbringung der Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes durch den Innenminister und die Debatte zur ersten Lesung dazu.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein. Ich rufe auf:

## 1 Hartz IV wird zu Hartz 5

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/236

In Verbindung mit:

**Hartz IV-Regelsätze müssen transparent und nachvollziehbar sein**

Aktuelle Stunde  
auf Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/237

Und:

**Die Neuregelung der Hartz IV-Regelsätze verbessert die Förderung von Kindern und sorgt für mehr Transparenz!**

Eilantrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/238

Die Fraktion Die Linke hat mit Schreiben vom 27. September 2010 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Die Fraktionen von SPD und Grünen haben ebenfalls mit Schreiben vom 27. September 2010 zu dieser aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

In Verbindung damit wird auch der fristgerecht eingereichte Eilantrag der Fraktion der FDP debattiert.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin vonseiten der antragstellenden Fraktionen Frau Dr. Butterwegge das Wort.

**Dr. Carolin Butterwegge (LINKE):** Verehrter Präsident! Liebe Abgeordnete! Der Auftrag des Bundesverfassungsgerichts lautete, die Regelsätze transparent und nachvollziehbar neu zu berechnen. Kernforderung des Urteils war, den Betroffenen ein menschwürdiges Existenzminimum zu gewähren und die Kinderregelsätze kind- und altersspezifisch zu berechnen, statt sie pauschal vom Erwachsenenregelsatz abzuleiten.

Was hat die Regierung zur Umsetzung dieses Verfassungsgerichtsurteils nun vorgelegt? Würde es sich bloÙ um die Lösung einer Matheaufgabe handeln, müsste man bei jeder Pädagogik feststellen: Aufgabe noch nicht einmal im Ansatz gelöst, setzen, sechs! – Nur leider handelt es sich nicht um eine Matheaufgabe, sondern um die Lebenswirklichkeit von rund 550.000 Arbeitslosen in Hartz IV und um ihre Familienangehörigen.

Ein kurzer Exkurs zu den Kinderarmutzzahlen macht uns deutlich, von welcher Dimension wir sprechen: In NRW lebten Ende 2005 insgesamt 2,7 Millionen Unter-15-Jährige, darunter fast 447.000 in Hartz-IV-Haushalten.

Ich komme zu meinem nächsten Punkt: Warum ist der vermeintliche Lösungsvorschlag dieses Gesetzentwurfs in Gänze verfehlt? – Erstens, weil die Regelsatzberechnung – anders als uns die Bundesregierung Glauben macht; das ist der zentrale Punkt – keine rein statistische, sondern eine politisch begründete und wertende Entscheidung ist.

(Beifall von der LINKEN)

An sich ist das nichts Schlimmes, aber man muss es auch als eine solch wertende Entscheidung benennen und darf sich nicht hinter – ich zitiere – unbestechlichen Zahlen, die sauber gerechnet seien, verstecken.

Politisch begründet ist zum einen die Berechnungsgrundlage, bei der die Ärmsten der Gesellschaft

zum Maßstab genommen werden, unabhängig davon, ob ihr Lebensstandard ein menschenwürdiger ist. Angemessener wäre meines Erachtens ein Warenkorbmodell. Zum anderen zeigt die Herausrechnung von Tabakwaren und alkoholischen Getränken, dass diese Entscheidung politisch begründet ist. Hier wird Sozialpolitik nach Gutdünken gemacht.

Ich komme zurück zur Fragestellung: Warum ist der vermeintliche Lösungsansatz in Gänze verfehlt? – Weil zweitens das Gebot der Achtung der Menschenwürde das Gegenteil von Diskriminierung und Stigmatisierung ist. Diskriminierend sind nämlich Sachleistungen, die Eltern ihre Erziehungskompetenz präventiv absprechen, indem sie Entscheidungen zur Förderung ihrer Kinder zu Sachbearbeitern in Argen verlagern.

Gegenfrage: Warum soll eine Mutter, die am Monatsende kein Geld zum Auffüllen ihres Kühlschranks hat, zusätzliche Mittel nicht für Mahlzeiten für ihre Kindern einsetzen dürfen? Entspricht das Sachleistungsprinzip etwa dem christlichen Menschenbild von CDU und FDP, dem Prinzip der Eigenverantwortlichkeit und dem elterlichen Erziehungsauftrag?

(Beifall von der LINKEN)

Warum ist der Gesetzentwurf völlig verfehlt? – Weil drittens die Kinderregelsätze nach wie vor nicht altersspezifisch und bedarfsgerecht gestaltet, sondern einfach 1:1 übernommen wurden. Die Rechtfertigung, eigentlich hätten die Sätze sogar gesenkt werden müssen, ist mehr als zynisch. Denn dass zum Beispiel eine ausgewogene Ernährung von Jugendlichen schon mit dem bisherigen Regelsatz nicht geleistet werden konnte, ist seit Langem wissenschaftlich belegt.

Viertens ist der Vorschlag untragbar, weil die von Rot-Grün ins Werk gesetzten Hartz-IV-Regelsätze schon bisher nicht ausreichen, um zum Beispiel für etwas Unvorhergesehenes wie einen defekten Kühlschrank Extraausgaben anzusparen. Daran ändern trotz neuer Berechnungsweise 5 € mehr im Monat auch nichts. Gerade dies wird Betroffenen aber weiterhin abverlangt; denn durch die Pauschalierung der Regelleistungen sind Einmalleistungen weggefallen.

Ein Blick auf die Zahlen der Berechnungsgrundlage EVS und die Umrechnung der Bestandteile auf den Regelsatz zeigt, wie willkürlich das Ganze ist. Das möchte ich am Beispiel eines Internetanschlusses verdeutlichen: Bei den unteren 15 % der Einkommensgruppen verfügt kaum jemand über einen solchen. Folglich gibt diese Bevölkerungsgruppe durchschnittlich nur 2,28 € monatlich dafür aus, obwohl die tatsächlichen Kosten eines Internetanschlusses bei ca. 14 € liegen. Diesen Durchschnittswert nun für den Regelsatz unter der Behauptung heranzuziehen, auch ein Internetan-

schluss sei damit abgedeckt, halte ich für eine gewagte These.

Jetzt möchte ich einen Blick auf die Bildungssachleistungen riskieren: Gutscheine, die nur Kinder aus armen Familien erhalten, sind stigmatisierend. Gutscheine sparen die sie Ausstellenden Geld. Denn wie viele der Betroffenen, die einen Anspruch hätten, lösen diesen tatsächlich ein, nehmen ein langwieriges Genehmigungs- und Beantragungsverfahren auf sich?

(Beifall von der LINKEN)

Vorgesehen ist außerdem, das Mittagessen armer Kinder in Ganztagschulen und Kitas mit je 2 € pro Mahlzeit zu bezuschussen. Aber nicht alle Kinder in Nordrhein-Westfalen besuchen eine solche Ganztagsgrundschule. Die übrigen bekommen ihr Mittagessen zu Hause, manche auch in Nachbarschaftsheimen, in offenen Türen, häufig, weil die heimischen Kühlschränke leer sind. Diese Kinder erhalten folglich keine Extrazuschüsse, frei nach dem Motto: Wer schon hat – in diesem Fall einen Ganztagsplatz –, dem wird noch mehr gegeben.

Wenn wir schon bei den Kindern, der Bildungserechtigkeit und den Teilhabechancen sind: Das Bundesverfassungsgericht hat aus dem Grundrecht der Menschenwürde ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum, und zwar für alle Kinder, abgeleitet. Auch Frau von der Leyen trägt diesen Anspruch wie eine Monstranz vor sich her. Ich zitiere die Internetseite:

„Die Zukunft hilfebedürftiger Kinder darf nicht länger davon abhängen, ob die Eltern langzeitarbeitslos sind oder nicht. Kinder brauchen Chancen, Kinder brauchen Perspektiven, egal wie gut oder schlecht ihre Eltern finanziell gestellt sind.“

Kinder im Asylbewerberleistungsgesetz unterliegen inzwischen zwar der Schulpflicht – Gott sei Dank –, erhalten aber nach wie vor Regelsätze, die nochmals um bis zu 47 % unter dem Niveau der Kinderregelsätze von Hartz IV liegen. Das ist der Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN)

Davon waren in NRW Ende 2009 fast 12.000 Kinder und Jugendliche betroffen. Für sie gibt es keine Bildungsgutscheine, keine Sportvereinsgutscheine oder Zuschüsse für ein warmes Mittagessen. Für mich ist überhaupt nicht einsehbar, warum der Bildungsbedarf eines Schulkindes, dessen Eltern als Flüchtlinge kamen, geringer sein soll als der eines deutschen Schulkindes.

(Beifall von der LINKEN)

Das Geschwätz von Integration entpuppt sich damit als plumpe Lüge, solange Flüchtlingskindern das Existenzminimum verweigert wird. Übrigens hat das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

erst Ende Juli dem Bundesverfassungsgericht aufgetragen, die Grundgesetzvereinbarkeit der Asylbewerberleistungen zu überprüfen. Man darf also gespannt sein, unter anderem auf die Begründung von Frau von der Leyen.

Fassen wir zusammen: Die Aufstockung des Regelsatzes um 5 € entspricht keineswegs rein statistischen Sachzwängen, sondern sie ist politisch motiviert, wobei Vorgaben des Verfassungsgerichts ignoriert werden.

(Beifall von der LINKEN)

Zu beobachten sind Taschenspielertricks von einer Regierung, die Sozialpolitik auf Kosten der Ärmsten und nach Kassenlage betreibt. Ich erläutere das: 480 Millionen € will man für die Regelsatzänderung zusätzlich aufbringen, noch einmal so viel für Bildungsleistungen. Für Konzerne, Millionäre und Banken aber spannt man Rettungsschirme auf, die, wie im September 2008, 480 – ich betone – Milliarden € verschlingen.

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Frau Abgeordnete, Ihre ...

**Dr. Carolin Butterwegge (LINKE):** Deshalb sind die Vorschläge eine Schande für unsere Wohlstandsgesellschaft. Diese Politik spaltet, ist ein Schlag ins Gesicht Betroffener. Die Regelsatzberechnung entwürdigt diejenigen, die schon jetzt am Rand des Existenzminimums stehen, und grenzt sie weiter aus. Die Solidarität mit den Ärmsten bleibt bei Hartz IV auf der Strecke. Zugleich zelebriert man 2010 offiziell das Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung – zynisch nenne ich das.

(Beifall von der LINKEN)

Aus diesem Grund lehnen wir den Eilantrag der FDP-Fraktion hierzu ab und fordern die Landesregierung auf, sich der Hartz-5-Gesetzgebung im Bundesrat in den Weg zu stellen.

(Beifall von der LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die SPD hat Herr Abgeordneter Garbrecht das Wort.

**Günter Garbrecht (SPD):** Guten Morgen. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Britta Altenkamp [SPD]: Nicht so laut! – Heiterkeit)

– Muss die Lautstärke runtergefahren werden?

„Von der Leyen fordert Gerechtigkeit für die arbeitende Bevölkerung“ – so eine Schlagzeile in der „FAZ“ von gestern. Aber wo ist ihr Beitrag? Das fragen wir uns. In der Begrenzung prekärer Be-

schäftigung, der Begrenzung des Niedriglohnssektors, der Beendigung der Zeitarbeit, der Einführung von Mindestlöhnen, auf den Arbeitsmärkten der Republik wieder Ordnung herzustellen, damit das Arbeiten in diesem Land wieder existenzsichernd wird und Arbeit wieder anständig entlohnt wird – in all diesen Fragen ist sie eine Fehlbesetzung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das aber verstehen Sozialdemokraten unter Gerechtigkeit für die arbeitende Bevölkerung in unserem Land. Nur so und nicht anders lässt sich Lohnabstand von Transferleistungen gewährleisten. Das ist auch die Grundbotschaft des Bundesverfassungsgerichtsurteils, die Sie ganz offensichtlich nicht annehmen oder verstehen wollen. Die spätrömische Dekadenz, meine Damen und Herren, weht nun mit dem lächelnden Gesicht von Frau von der Leyen durchs Land.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Warum schlägt Ihnen eigentlich die Empörung so entgegen? – Weil Schwarz-Gelb willfährig gegenüber Atomlobby, Pharmaindustrie und Hoteliers ist,

(Zurufe von der CDU und von der FDP: Oh!)

Vermögende entlastet und anderen Belastungen zumutet. Schwarz-Gelb ist eine Zumutung für dieses Land.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie bauen im Übrigen keine Brücken aus dem Transfersystem, nein, durch die Streichung des Zuschlags aus dem Arbeitslosengeld I, durch Minderung des Wohngelds und insbesondere durch die Abschaffung des Heizkostenzuschlags pressen Sie zusätzlich Menschen hinein. Sie streichen das Elterngeld für sozial Schwache. Den Arbeitsmarktakteuren in diesem Land wurde schlecht, als sie die Bundeskanzlerin vor zwei Tagen bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs sagen hörten: Wir sind unserem Ziel, Arbeit für alle zu schaffen, einen gewaltigen Schritt nähergekommen. –

(Zuruf von der CDU: Da hat sie recht!)

Näher gekommen? Wir sind weiter davon entfernt als je zuvor. Allein für die aktive Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen stehen im nächsten Jahr 350 Millionen € weniger zur Verfügung. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für diejenigen zu schaffen, die weit weg sind vom ersten Arbeitsmarkt, Herr Laumann, das war doch auch Ihr besonderes Anliegen. Wie dieses Instrument nun runtergefahren wird, wie auch Ihre Position auf der Bundesebene kalt ausgehebelt wird, das müssen Sie doch registrieren.

Und wenn gestern Frau Haderthauer im „SPIEGEL“ erklärt, alle Kosten, die über die im Bundeshaushalt geplanten 480 Millionen € hinausgehen, würden im Haushalt des BMAS erbracht, dann wissen wir, wo die Reise hingeht, nämlich zu einer

weiteren Reduktion aktiver Arbeitsmarktpolitik. Noch weniger fördern und noch mehr fordern, das wird mit den Sozialdemokraten in diesem Land nicht zu machen sein.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Jetzt möchte ich mit einer Mär aufräumen, die sich immer wiederholt, aber dadurch nicht an Wahrheitsgehalt gewinnt und auch im Antrag der FDP zu finden ist. Die Bundesministerin zieht mit dem Vorwurf einer schlechten rot-grünen Gesetzgebung durch die Lande. Ich möchte in Erinnerung rufen: Alle, außer den Linken, waren an dieser Gesetzgebung beteiligt. Auch während der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung, Herr Laumann und Herr Papke, stand die Frage der Regelsatzverordnung im Bundesrat zur Abstimmung, nämlich im Jahre 2008. Ich habe im Protokoll nachgesehen, ob Sie die damalige Diskussion, die wir hier im Lande insbesondere zu den Regelsätzen für Kinder schon geführt haben, in irgendeiner Weise aufgenommen haben, etwa in einer Protokollnotiz. Nichts! Das Protokoll registriert Einstimmigkeit.

Zugestanden, eine optimale Sozialreform sieht anders aus. Aber es gibt schon eine gemeinsame politische Verantwortung. Wir Sozialdemokraten stehen dazu, registrieren aber auch, dass andere stärker dem Bedürfnis erliegen, sich aus dem Staube zu machen. Und weil wir zu unserer Verantwortung stehen, weil wir das Urteil des Bundesverfassungsgerichts quasi als eine Ohrfeige verstanden haben, nehmen wir die Umsetzung dieses Urteils auch besonders ernst.

Wir haben berechtigte Zweifel daran, dass bei dem vorliegenden Gesetzentwurf die Maßstäbe des Urteils hinreichend angelegt worden sind.

Ein wesentlicher Punkt des Gerichtes war, dass in die Vergleichsgruppe der unteren Einkommensbezieher keine Transfereinkommensbezieher einbezogen werden. Gegen diesen Grundsatz des Gerichtes verstoßen Sie in eklatanter Weise in dem Gesetzentwurf, nämlich schon im § 2. Sie haben ausdrücklich die Aufstocker sowie diejenigen, die ergänzend Elterngeld oder den befristeten Zuschlag beziehen, einbezogen.

Bei den Ein-Personen-Haushalten wird willkürlich von den bisherigen 20 % abgewichen und auf 15 % gegangen. Wenn man sich die Anlagen, die ich mir auch angeschaut habe, genau anschaut, stellt man fest: Es sind noch nicht einmal 15 %, sondern nur 13,8 %. Also auch bei mathematischer Aufrundung komme ich höchstens auf 14 %, nicht aber auf 15 %.

Fazit: Die Vorgabe des Verfassungsgerichtes, sogenannte Zirkelschlüsse auszuschließen, ist in eklatanter Weise missachtet worden. Zu diesem Schluss kommen im Übrigen nicht nur wir, sondern auch diejenigen, die den Vorlagebeschluss zum Bundesverfassungsgericht gefasst haben, nämlich

das Hessische Landessozialgericht, und insbesondere die beauftragte Gutachterin, Frau Becker.

Deswegen ziehen wir die Validität der von Ihnen vorgelegten Daten, wie sie sich in den Anlagen wiederfinden, in Zweifel. Deswegen fordern wir die Veröffentlichung der Rohdaten. Ich glaube, eine Bundesministerin, die nichts zu verbergen hat, wird dieser Forderung der Sozialdemokraten sicherlich entsprechen. Also, mehr Fragen als Antworten, meine Damen und Herren.

Zu der medial aufgeblasenen Mogelpackung des Bildungspakets wird meine Kollegin Gebhard nachher noch sprechen.

Ich möchte abschließend die Diskussion nach dem Urteil in Erinnerung rufen. Da spreche ich insbesondere Herrn Laumann an, weil es um Sie geht. Die SPD in Nordrhein-Westfalen vertritt seit Jahren die Auffassung, dass die Einmalbeihilfen einbezogen werden müssen. Ich zitiere das, was Sie nach dem Urteil im damaligen Ausschuss vorgetragen haben.

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Abgeordneter, ...

**Günter Garbrecht (SPD):** Ja. – Ich darf noch gerade den ehemaligen Minister zitieren:

Die Meinung des MAGS ist, dass es gute Gründe gibt, in bestimmten Bereichen – einer Schule, in einem Kindergarten – auch strukturelle Leistungen vorzusehen, damit die Teilhabechancen auf jeden Fall gewährleistet sind. Das menschliche Leben zeigt gute Gründe dafür, den Behörden die Möglichkeit einzuräumen, auch nicht pauschalierte Einmal-Leistungen zu gewähren, wie das früher bei der Sozialhilfe möglich war.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Richtig!)

Am Ende wird politisch zu entscheiden sein, in welchem Umfang man Bargeldleistungen, Sachleistungen, Strukturleistungen gewährt.

Meine Damen und Herren, das war Karl-Josef Laumann, zitiert nach dem Protokoll des AGS.

Ja, Herr Laumann, es ist entschieden: keine Strukturleistungen, keine Einmalzahlungen. Auch Ihre Grundanforderung an das Gesetz wird im Prinzip nicht erfüllt. Deswegen stellen wir auch in Ihrem Namen dieses Gesetz auf den Prüfstand. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion der Grünen hat Frau Abgeordnete Asch das Wort.

**Andrea Asch** (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Es geht – das möchte ich klarstellen – in dieser Debatte nicht um vermeintliche Almosen, die zu gewähren sind, sondern es geht im Kern um die Menschenwürde und die soziale Teilhabe derjenigen, die nicht aus der eigenen Kraft für ihr Auskommen sorgen können. Das ist die Aufgabe, die das Bundesverfassungsgericht der Bundesregierung aufgegeben hat. Damit geht es um die zentrale Frage des Zusammenhaltes in unserer Gesellschaft, die sich – das wissen wir alle – immer mehr in Arm und Reich aufspaltet. Darauf muss er Sozialstaat, darauf müssen wir als Politik eine Antwort geben.

Die Antwort der Bundesregierung auf diesen Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes, hier konkret und transparent nachzubessern, ist einfach erbärmlich. Es sind eine Handvoll Euro mehr, ein dürres Hartz-IV-Häppchen mehr für die Benachteiligten, die am unteren Rand unserer Gesellschaft stehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zudem wurde diese Antwort in einem Akt der politischen Willkür entwickelt; denn wir wissen alle – es wurde ja auch letzte Woche verkündet –: CDU und FDP haben im Vorhinein festgelegt, wie viel zu geben sie bereit sind, und dann so lange nach dem Rechenweg gesucht, bis es passt. Wie auf dem Basar wurden die Regelsätze gehandelt nach dem Motto „Darf es noch ein bisschen weniger sein?“

Was ist es anderes als Willkür, dass die Bundesregierung sich bei Alleinstehenden an den untersten 15 % der Haushalte und für die Haushalte mit Kindern an den untersten 20 % orientiert hat sowie die Rohdaten des Statistischen Bundesamtes, aus denen sie ihre Rechenricksereien abgeleitet hat, nach wie vor unter Verschluss hält? Das ist das Gegenteil von Transparenz und einer sauberen Rechnung.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

Wir stellen fest: Die Bundesregierung hat sich wieder einmal von der sozialstaatsfeindlichen Haltung der FDP lenken lassen. Herrn Westerwelles Einlassungen dazu sind ja bekannt. Wer populistisch von „spätromischer Dekadenz“ spricht, der zeigt, dass er eben nicht bereit ist, den Bedürftigen das Existenzminimum zu finanzieren und den Menschen den Ausstieg aus der Armut zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, wir müssen feststellen, dieser Bundesregierung fehlt vollständig der soziale Kompass. Sie haben im doppelten Sinne nichts übrig für die Armen.

(Beifall von den GRÜNEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Den Grünen fehlt der soziale Kompass auch!)

Das hat sich schon überdeutlich beim Sparpaket gezeigt – das zeigt ja eine deutliche soziale Schiefelage und Schlagseite –: Diejenigen, die die Krise verursacht haben, diejenigen, die die Milliardenlöcher in den Bundeshaushalt gerissen haben, werden verschont. Das sind die Banken, die Hochvermögenden, die Millionenerben; auch die gut und sehr gut Verdienenden werden geschont. Die Ärmsten, die unten stehen, haben den Hauptparbeitrag zu leisten: mit Kürzungen des Übergangsgeldes für Arbeitslose, des Wohngeldzuschusses und der Streichung des Erziehungsgeldes. Das ist eiskalte Politik, das öffnet die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter, und es verschärft die soziale Spaltung in unserem Land.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Die Böcke wollen gern Gärtner sein!)

Meine Damen und Herren, es geht im Kern um die Frage, wie wir denen, die auf der Schattenseite stehen, ein Leben in Würde und sozialer Teilhabe ermöglichen. Das ist der Auftrag.

Der Bundesregierung fällt dazu nichts anderes ein, als selbstverständlich zu unserem Leben gehörige Genussmittel wie das Bier am Abend für Hartz-IV-Empfänger zu streichen. Es fällt ihr nichts anderes ein, als bei der Gängelung der Hartz-IV-Empfänger noch mehr Zwänge und Restriktionen oben draufzusetzen.

Herr Laumann, wenn Sie sagen: „Ich bin dafür, dass jedem Hartz-IV-Empfänger das Bier ermöglicht wird“ – das haben Sie ja gestern in der Presse gesagt –, dann müssen Sie auch sagen, wie es denn zu bezahlen ist. Denn diese Summe ist im Regelsatz definitiv nicht enthalten.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Sie müssen auch sagen, wie dieses Bier aus dem knapp bemessenen Regelsatz heraus zu bezahlen sein soll.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Unsinn!)

Es ist armselig, wie wenig die Bundesregierung dafür tut, die bedrückende Kinderarmut zu lindern. Dabei gehört das doch zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen, die wir gemeinsam bewältigen müssen: die Armutsspirale in den Familien zu durchbrechen und dafür zu sorgen, dass die Armut nicht weiter vererbt wird. Aber auch hier der Kotau der Bundesregierung und von Frau von der Leyen vor dem Finanzminister: In der Summe gibt es 1 Milliarde € mehr für das Bildungspaket. Das ist – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – genauso viel, wie die Steuererleichterungen für die Hoteliers kosten.

Wir müssen feststellen, Frau von der Leyen ist in Berlin so weit im Politikbetrieb gefangen, dass sie vom Alltag ihrer Kinder offenbar überhaupt nichts mehr mitbekommt. Sonst wüsste sie nämlich, dass mit den Beiträgen, die jetzt im Bildungspaket ste-

hen, diese Wundertüte, die sie öffentlich anpreist, nicht gefüllt werden kann.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD –  
Vereinzelt Beifall von der LINKEN – Zuruf von  
der CDU: Unsinn!)

10 € monatlich für Sportverein, Musikunterricht und  
Freizeitaktivitäten – das ist vollkommen lebens-  
fremd. Dieses Geld reicht noch nicht einmal, um  
eine Musikstunde in der Woche zu finanzieren,  
geschweige denn andere Freizeitaktivitäten.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und  
von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

Damit ist auch dieses Bildungspaket Blendwerk und  
Trostpflästerchen.

Herr Laumann, wir hatten in der letzten Legislatur  
hier den Konsens, Kinderarmut gemeinsam zu be-  
kämpfen. Sie haben den runden Tisch eingerichtet  
und sich 2007 im Bundesrat für die Erhöhung der  
Regelsätze eingesetzt. Setzen Sie auch jetzt ein  
Zeichen mit uns – ein klares Zeichen gegen Armut  
und für Gerechtigkeit und Teilhabe. Setzen Sie sich  
auch jetzt mit uns für den sozialen Zusammenhalt  
und den sozialen Frieden in unserem Land ein!

Die Bundesregierung muss den Auftrag des Verfas-  
sungsgerichts ohne billige Rechenspielchen und  
ohne Taschenspielertricks erfüllen. Tut sie das  
nicht, so können wir Ihnen versprechen, dass sie  
genau dort landen wird, wo sie begonnen hat, näm-  
lich beim Bundesverfassungsgericht. – Ich danke  
Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und  
von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Frau  
Abgeordnete. – Für die Fraktion der FDP hat der  
Abgeordnete Dr. Romberg das Wort.

**Dr. Stefan Romberg (FDP):** Herr Präsident! Liebe  
Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen in diesem  
Land, jedenfalls diejenigen, die Rente beziehen, die  
arbeiten gehen und bei denen am Ende des Monats  
vielleicht gar nicht so viel übrig bleibt, hätten sich  
gewundert über die drei Vorredner und diesen Vor-  
mittag hier im nordrhein-westfälischen Landtag.

(Beifall von der FDP)

Denn es geht ja immer darum, den Fokus gesamt-  
gesellschaftlich auszurichten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Und das von der  
Klientelpartei FDP!)

Auch die Rentner klagen natürlich und sagen: „Da  
gibt es eine Regelsatzerhöhung um 1,4 %, und wir  
gehen wieder leer aus!“. Es gibt auch in diesem  
Land genügend Gering- und Niedrigverdiener, bei

denen der Lohnabstand gegenüber den staatlichen  
Leistungen äußerst gering ist.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ja, klar! Mindest-  
lohn! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Wo bleibt  
denn der Mindestlohn?)

Es geht ja auch nicht nur um den eigentlichen Re-  
gelsatz. Die staatlichen Leistungen sind ja doch  
deutlich höher: Bei Singles liegen die durchschnittli-  
chen Leistungen für Hartz-IV-Empfänger bei 801 €,  
sagt die Bundesagentur mit Stand April 2010. Bei  
einem Paar mit drei Kindern sind es immerhin  
2.177 €. Das ist Geld, das Menschen, die arbeiten  
gehen, erst mal verdienen müssen. Das sollte im  
Gesamtzusammenhang dieser Debatte gesehen  
werden.

(Zuruf von Bernhard von Grünberg [SPD])

Herr Garbrecht, so laut, wie Sie hier gepoltert ha-  
ben, zeigt sich, dass Ihr sozialdemokratisches Herz  
gerade bei diesem Thema – beim SGB II, bei Hartz  
IV – doch ziemlich angestoßen ist und dass die  
Eigenverantwortung und die Fehler der Sozialde-  
mokraten durch lautes Poltern irgendwie aus dem  
Saale geräumt werden sollten. Das ist aber nicht  
gelingen.

(Beifall von der FDP)

Die FDP-Landtagsfraktion begrüßt die Entschei-  
dung der christlich-liberalen Koalition im Bund zur  
Neuregelung der Hartz-IV-Sätze ausdrücklich. Es ist  
ein Neuanfang, der ermöglicht, was uns auch in  
anderen Politikfeldern besonders am Herzen liegt,

(Karl Schultheis [SPD]: Wir können nicht alle  
so leidenschaftlich sein wie Sie!)

nämlich mehr Transparenz, mehr Teilhabe und  
mehr Bildung für Kinder. Aus unserer Sicht ist es  
lebensnah und vernünftig, für den Förderbedarf der  
bundesweit rund 1,7 Millionen Kinder, die Hartz-IV-  
Leistungen beziehen, auch Sachleistungen bereit-  
zustellen – denn die Hilfen sollen beim Kind wirklich  
ankommen; das ist für uns besonders wichtig. Diese  
Kinder erhalten zusätzlich zu den bisherigen nach  
Alter gestaffelten Kinderregelsätzen einen entspre-  
chenden Rechtsanspruch. In Nordrhein-Westfalen  
sind davon 400.000 Kinder betroffen.

Mit ihrem Bildungspaket sorgt die Bundesregierung  
dafür, dass die Kinder Leistungen für Schulbücher  
wie auch für die Mitgliedschaft in einem Sportverein  
bekommen können. Auch die Teilnahme am tages-  
weisen Klassenausflug gehört dazu. Bei Bedarf sind  
auch Ausgaben für Schulumtagessen und Nachhil-  
feunterricht möglich. Dafür sind insgesamt 620 Milli-  
onen € vorgesehen. Das Gesamtpaket mit der Re-  
gelsatzerhöhung hat eine Summe von 1 Milliarde €. Ich  
denke, das ist eine ziemliche Masse, die trotz der  
schwierigen Haushaltslage aufgestockt wurde.

Diese Sozialpolitik orientiert sich wirklich an der  
Lebenswirklichkeit der Menschen

(Lachen von Minister Guntram Schneider)

und ist kein Ergebnis einer Sozialbürokratie.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts war aus unserer Sicht vollkommen berechtigt, denn die Karlsruher Richter hatten die Methode zur Berechnung der Regelsätze für verfassungswidrig erklärt, weil sie eben nicht nachvollziehbar war.

Erstmalig wurde jetzt festgelegt, warum welcher Posten in der Regelleistung in welcher Höhe enthalten ist. Deshalb ist die Regelsatzerhöhung um 5 € eben nicht aus dem Bauch heraus entstanden, sondern basiert auf einem nachvollziehbaren Verfahren. Außerdem wurden die Regelsätze für Kinder und Jugendliche nicht wie bisher vom Erwachsenenregelsatz abgeleitet, sondern als eigenständiger Bedarf erfasst.

Vor diesem Hintergrund möchte ich daran erinnern, worum es im Sozialgesetzbuch II ursprünglich gehen sollte: Rot-Grün wollte mal fordern und fördern. Arbeitsfähige Langzeitarbeitslose sollten wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden. Dieses Ziel unterstützen wir ausdrücklich. Doch wir stehen damit mittlerweile alleine; denn SPD und Grünen haben das Prinzip „Fördern und Fordern“ abgelegt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Seinerzeit wurde das SGB II in übergroßer Eile durch den Bundestag gepeitscht, weil der damaligen rot-grünen Bundesregierung bei diesem Thema der schnelle politische Erfolg wichtiger war als die Sorgfalt. Unsere Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung damals, 2004, aufgefordert, das Vorhaben zu verschieben, um erkennbare Mängel zu beheben und bei den Menschen für Vertrauen zu sorgen.

Das Beispiel dafür sind doch die Kindersätze, die bisher immer noch gelten und einen Anteil für Alkohol und Nikotin enthalten. Jeder vernünftige Mensch hätte sich doch denken können, dass der vom Bundesarbeitsministerium errechnete Regelsatz für Kinder mit Anteilen für Nikotin und Alkohol schwachsinnig ist.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Dieses Ministerium war bis zum letzten Jahr, bis Herbst 2009, sozialdemokratisch geführt. Sie hatten also fünf Jahre Zeit, wenn Sie es im Gesetzgebungsverfahren nicht erkannt haben, daran irgendetwas zu ändern und nachzubessern. Das haben Sie nicht getan.

(Zuruf von der CDU: Sehr richtig!)

Jetzt wird es endlich repariert,

(Ministerin Barbara Steffens: Was wird denn repariert?)

unter anderem, weil das Verfassungsgericht dies gefordert hat, aber auch, weil es einfach notwendig ist. Jetzt ist das Geschrei der SPD riesengroß. Unsere Ministerpräsidentin, die leider nicht mehr da ist, nannte die Beschlüsse skandalös.

(Günter Garbrecht [SPD]: Wir werden ihr berichten!)

Der Skandal ist, dass sie uns heute nicht erklärt, was daran skandalös ist. Sie hätte wirklich einmal sagen können, weshalb Sozialdemokraten die lange Zeit nicht genutzt haben, das zu renovieren, was zu renovieren ist.

Wenn die Firma, die Pfusch am Bau begangen hat, der schon vor längerer Zeit aufgefallen ist und jetzt, nach vielen Jahren, von einer anderen Firma repariert wird, nun plötzlich sagt: „Mensch, das ist doch alles skandalös“, frage ich mich: Wo sind wir denn?

(Karl Schultheis [SPD]: Im Landtag!)

Meinen Sie wirklich, die Menschen in diesem Land nehmen Ihnen dieses Theater ab?

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich kann mir schon vorstellen, wie viele darüber denken. Es wäre aber unparlamentarisch, das alles zu sagen.

(Karl Schultheis [SPD]: Geben Sie sich mal einen Ruck! – Weiterer Zuruf von der SPD: Eine Ruck-Rede!)

Es ist unehrliche Politik. Das sorgt für Politikverdrossenheit. Die ist bei dem Thema wirklich nicht förderlich.

Die Pläne der Bundesregierung, besonders die Hinzuverdienstregeln zu ändern, sind richtig. Die Aufnahme von Arbeit muss sich lohnen; das ist aus Sicht der FDP gut und notwendig. Wir wollen in diesem Bereich verstärkt den Weg in den Arbeitsmarkt und eben nicht die dauerhafte Arbeitslosigkeit unterstützen; denn das wäre schlecht.

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Herr Abgeordneter.

**Dr. Stefan Romberg (FDP):** Wir wollen keinen Sozialstaatsabbau. Es ist vielmehr der Weg zu einem vorausschauenden Sozialstaat, in dem der Bürger eben nicht verloren geht und der mit Selbstbestimmung mehr fördert als die Abhängigkeit, die bisher herrscht. Dieses Gesetz wurde dazu gemacht, Menschen zu helfen, die arbeiten können und wollen. Und diese Bundesregierung will das. Wir stützen das. Ich hoffe, die SPD ist staatstragend genug, ihr schlechtes Gesetz im Bundesrat mit zu reparieren. – Danke schön.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Post das Wort.

**Norbert Post (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon frappierend: Nachdem Sie ein vom Verfassungsgericht nachweislich als schlecht bezeichnetes Gesetz gemacht haben, was nun Neuberechnungen zur Folge hat, halten Sie, die Erfinder des damaligen Gesetzes, uns hier vor, dass wir die Neuberechnung ordentlich gemacht haben.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Hans-Willi Körfges [SPD]: Ordentlich? – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Meine Damen und Herren, Sie sollten in Ihr eigenes Gesetz schauen. Zudem habe ich festgestellt, dass eine ganze Menge von Ihnen noch gar nicht in den neuen Gesetzentwurf hineingeguckt hat.

(Beifall von der CDU)

Darin ist nämlich dezidiert aufgeführt, wie die Berechnungen vorgenommen wurden. Sich dann hier mit Krokodilstränen in den Augen hinzustellen, Frau Asch, dass ist der vollkommen falsche Weg.

(Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

Wir haben einen ordentlichen Weg zur Neujustierung der Berechnung der Sätze von Hartz-IV-Empfängern erhalten; wir haben ordentliche Grundlagen bekommen.

Sicherlich – das sehe ich ein – hätten sich ganz viele viel mehr gewünscht – ich vielleicht auch; das will ich gar nicht verhehlen. Nur, zwischen Wunsch und Wirklichkeit, einer rechtlich angemessenen Versorgung der Menschen, müssen wir differenzieren. Es geht nämlich auch bei nicht mit großen Pfründen versehenen Menschen, die jeden Tag ihrer Arbeit nachgehen, nicht darum, was sie sich wünschen, sondern darum, was sie sich von ihrem Arbeitseinkommen leisten können. Diese Relation müssen wir einhalten können – auch bei den Sätzen für Hartz-IV-Empfänger.

(Beifall von der CDU – Hans-Willi Körfges [SPD]: Deshalb: Mindestlohn sofort!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ein ordentlicher Weg, den Frau von der Leyen da beschritten hat. Es ist eine ordentliche Berechnung, die vor allen Dingen die Familien mit Kindern weiterführt. Wer behauptet, das sei nicht angemessen, verkennt vollkommen den Weg dorthin.

Es war kein Geringerer als Karl-Josef Laumann, der schon 2007 hat berechnen lassen, was nötig ist. Das ist jetzt endlich – jetzt endlich! –, nachdem Frau von der Leyen die Sache übernommen hat, umgesetzt und uns vorgelegt worden. Die Kinder haben jetzt die Möglichkeit, am öffentlichen Leben teilzu-

haben: in Vereinen, beim Sport, bei Bildung und Kultur.

(Zuruf von der LINKEN: 10 € im Monat!)

Wenn Sie das alles mal summieren, meine Damen und Herren – Schulmaterial, Vereinszuschuss, Zuschuss für Musikschulen,

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Was ist, wenn es keine Musikschule vor Ort gibt?)

Zuschuss für Ausflüge, Mittagessen

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Was ist, wenn es kein warmes Mittagessen gibt?)

und die Behebung objektiver Lernschwierigkeiten –, stellen Sie fest, dass das monatlich leicht 60 € beträgt. Das müssen Sie zu diesem Satz hinzurechnen, der für die Kinder berechnet wurde, der – zugestanden – nicht fürstlich ist.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist ja sehr transparent!)

Hier geht es um Hilfe zum Lebensunterhalt und nicht darum, diese Leute mit Menschen, die täglich ihrer Arbeit nachgehen, vollkommen gleichzusetzen. Wenn das geschieht, geht keiner mehr seiner täglichen Arbeit nach.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die verfassungsrechtlichen Vorgaben sind erfüllt. Es ist ein gerechter Weg eingeschlagen worden. Die Sätze für die Grundsicherung sind transparent ermittelt worden und können nachgelesen werden; Sie müssen es nur tun. Ganz sicher steigt die Akzeptanz der Regelung der sozialen Absicherung von Arbeitslosen.

Entscheidend für mich ist, dass wir bedürftigen Kindern die Förderung von Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe – wieder – ermöglichen.

(Heike Gebhard [SPD]: Wie denn?)

Sie hatten Zeit genug, das nachzuvollziehen, haben das aber nie getan.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Verbauen Sie, meine Damen und Herren – das sei Ihnen wohl gesagt –, im Bundesrat nicht den Weg, den Kindern diese Dinge zuteil werden zu lassen. Wenn Sie das tun, versündigen Sie sich an den Kindern. – Danke schön.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Bärbel Beuermann [LINKE]: Das ist eine ganz platte Aussage, die überhaupt nicht belegbar ist!)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung hat Minister Schneider das Wort.

**Guntram Schneider**, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung wird die vorliegenden Gesetzentwürfe in dieser Form nicht unterstützen, sie wird sie ablehnen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Hierfür gibt es viele Gründe. Ich will nur einige ansprechen.

Die Bemessung der Regelsätze ist teilweise nicht transparent und deshalb auch nicht nachvollziehbar.

(Zurufe von der CDU: Beispiele!)

Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Transparenz wird von der Bundesregierung nicht umgesetzt.

(Zurufe von der CDU: Beispiele!)

Die Einbeziehung der sogenannten Aufstocker ab dem ersten Euro führt zu einer verzerrten Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe.

An dieser Stelle, Herr Post, eine Bemerkung: Unterlassen Sie doch den permanenten Versuch, Empfänger von Transferleistungen gegen Arbeitende auszuspielen!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Nehmen Sie doch endlich mal zur Kenntnis, dass die Sozialleistungen nicht zu hoch sind,

(Norbert Post [CDU]: Das habe ich nicht behauptet!)

sondern die Löhne zu niedrig!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ihre Bemerkungen werden erst dann seriös und glaubwürdig, wenn Sie synchron verlaufend mit dieser Gesetzgebung für den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn eintreten.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN -Zuruf von der CDU: Abenteu-erlich!)

Die Regelsätze scheinen von der Bundesregierung nach Kassenlage festgesetzt zu sein. Auch dies widerspricht den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes.

Auch die Heranziehung der unteren 15 % der Ein-Personen-Haushalte anstatt wie bisher der unteren 20 % dieser Haushalte ist nicht akzeptabel.

Der Abschlag bei der Position „Nahrungsmittel“ für Alkohol und Tabak in Höhe von insgesamt 19,19 € entspricht nicht der Lebenswirklichkeit. Seit der Festsetzung der Regelsätze zuerst über den Warenkorb, dann über die EVS wurden die Ausgaben für Alkohol und Tabak immer mitberücksichtigt. Bei

allen Diskussionen über eine gesunde Lebensführung ...

(Zurufe von der CDU)

– Herr Laschet, insbesondere Ihr Sitznachbar und ich kennen etwas davon. Uns ist nichts Menschliches fremd. Darauf können Sie sich verlassen.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Bisher wurden diese Bereiche in die Bemessungen eingerechnet. Es ist deshalb nicht akzeptabel, dass dies jetzt nicht geschehen soll.

Der Kinderregelsatz ist deutlich geringer ausgefallen als erwartet. Mein Haus prüft derzeit noch die Berechnungen, die zu der Befürchtung Anlass geben, dass die Vorgabe eines sachgerechten Bemessungsverfahrens eben nicht eingehalten worden ist.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie sind ein Meister des Konjunktivs!)

So werden die Kosten der Schülerbeförderung nicht berücksichtigt, obwohl das Verfassungsgericht alle Ausgaben im Zusammenhang mit dem Schulbesuch als Bedarf der Kinder eingestuft hat. Die aktuellen Gesundheitskosten sind mit einem Betrag von 15,55 € monatlich nicht hinreichend berücksichtigt worden. Diese fehlerhafte Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils geht zulasten der langzeitarbeitslosen Menschen und deren Familien, die ohnehin das wirtschaftlich schwächste Glied in unserer Gesellschaft sind.

Auch die vorgesehenen Kürzungen im Haushaltsbegleitgesetz des Bundes für Arbeitslosengeld-II-Empfänger sind eine unzumutbare Benachteiligung der Leistungsempfänger nach dem Sozialgesetzbuch II. Dies wird von der Landesregierung ebenfalls nicht mitgetragen.

Das vorgesehene Bildungspaket für Kinder diskriminiert und benachteiligt hilfebedürftige Kinder. Durch die Ausgabe personalisierter Gutscheine ist für alle Beteiligten erkennbar, dass es sich um Kinder von Transferleistungsbeziehern handelt. Der Gutschein ist nur bei Stellen einlösbar, die mit dem Grundsicherungsträger eine Vereinbarung geschlossen haben. Damit ist zu befürchten, dass Angebote speziell für hilfebedürftige Kinder entwickelt werden und somit eine soziale Teilhabe zweiter Klasse erfolgt.

(Beifall von der SPD und von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE] – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Abzüglich des Schulstarterpaketes bleiben für Kinder pro Monat noch 12,50 € für die soziale und kulturelle Teilhabe übrig. Das ist ein Linsengericht.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sehr karg!)

Das reicht hinten und vorne nicht. Deshalb lehnen wir auch dies ab.

Zu guter Letzt werden wir uns auch dagegen wehren, dass die sogenannte Bildungschipkarte ohne Zustimmung der Länder, wie von der Bundesregierung geplant, eingeführt wird. Aus unserer Sicht sind hierfür Bundesratsbeschlüsse notwendig.

Kurzum: Der ganze Gesetzentwurf ist nicht sorgfältig gemacht. Er ist angesichts der in Rede stehenden Beträge auch ein Stück weit ein Anschlag auf die Würde der Betroffenen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE] – Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Deshalb bitte ich alle Beteiligten, noch einmal darüber nachzudenken, ob nicht nachgebessert werden kann. Es muss nachgebessert werden: im Interesse der Betroffenen, aber auch für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Ich verstehe sehr gut, dass Sie mit dieser vorgesehenen Gesetzgebung eine gesellschaftliche Protestbewegung hervorgerufen haben, die weit über die Sozialpolitik hinausgeht, die aber angemessen ist, um Schlimmes für die Betroffenen und unser Land zu verhindern. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister. – Für die Fraktion der CDU hat der Abgeordnete Preuß das Wort.

**Peter Preuß (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Linken im Verein mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und nach dem, was Minister Schneider eben gesagt hat, jetzt auch mit der Landesregierung, geben sich populistisch-sozial und verletzen bedenkenlos alle Prinzipien der Sozialstaatlichkeit.

(Beifall von der CDU – Lachen von der LINKEN)

Sie argumentieren nicht, sondern Sie lassen sich von einer parteipolitisch motivierten Profilneurose leiten. Irgendeinen substanziellen Einwand haben wir nicht erkennen können.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Es geht in der Sache – das hat der Kollege Post eben dargestellt – um eine schlichte Bedarfsermittlung, allerdings um den Bedarf von Menschen, die in eine Notlage geraten sind. Der Staat will und muss – laut Verfassung – dafür sorgen, dass auch diejenigen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, denen die finanziellen Mittel hierfür fehlen. Dabei geht es auch um die Reparatur einer für verfassungswidrig erklärten Berechnungsgrundlage, die auf die rot-grüne Regierungszeit zurückgeht und bisher nicht korrigiert worden ist. Außerdem geht es darum, im Rahmen der ja greifenden Hartz-IV-

Reformen Arbeitslose in Arbeit zu bekommen und den Aufschwung nach der Wirtschafts- und Finanzkrise zu sichern.

Sie verlassen das Prinzip der exakten Bedarfsermittlung. Sie wollen auf Kosten der Steuerzahler Wohltaten verteilen, wie Sie es für opportun halten – mehr nicht. Dabei haben Sie ein Problem, das Sie – der Kollege Romberg hat das eben angedeutet – offensichtlich noch nicht erkannt haben oder nicht erkennen wollen: Zur sozialen Gerechtigkeit gehört nämlich selbstverständlich auch die Akzeptanz unserer Gesellschaft für das, was politisch beschlossen wird. Und die Gesellschaft akzeptiert nach dem geltenden Subsidiaritätsprinzip – ich erwähne das ausdrücklich –, dass denen geholfen wird, die der Hilfe bedürfen. Die Bürgerinnen und Bürger wollen die Sicherung der Teilhabe der bedürftigen Menschen am gesellschaftlichen Leben. Sie wollen aber auch wissen, auf welcher nachvollziehbaren und damit gerechten Grundlage Hilfe zur Teilhabe gewährt wird. Sie können niemandem klarmachen, dass Tabak und Alkohol, deren Genuss Sie ja zu Recht auf allen Ebenen bekämpfen, zum Lebensbedarf eines Menschen gehört.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das Prinzip der Ermittlung des genauen Bedarfs zur Grundsicherung und zur Teilhabe am normalen Leben wird doch gerade durch das, was die Bundesregierung beschlossen hat, transparent und akzeptabel. Die Bundesregierung setzt zusätzlich besonders mit dem Bildungspaket für Kinder und Jugendliche im Gesamtvolumen von 620 Millionen € Zeichen

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Und was für welche!)

und sieht Leistungen dort vor, wo mehr Geld nicht nur sinnvoll verwendet, sondern auch benötigt wird: bei denen, die die Zukunft bedeuten, bei den Kindern und Jugendlichen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Jedes Kind erhält damit Zugang zum Sportverein, zur Ferienfreizeit, zur Kultur, zur außerschulischen Bildung, zu Schulmaterial, Schulausflügen, Mittagessen und Lernförderung.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Alles Lüge!)

An dieser Stelle darf ich auch auf die Stiftung hier in Nordrhein-Westfalen hinweisen, bei der im Rahmen des Programms „Kein Kind ohne Mahlzeit“ 10 Millionen € zur Verfügung stehen. Ich frage mich, was Sie eigentlich dagegen haben. Sie sagen, es solle besser in Bildung allgemein investiert werden. Das kann man ja tun. Das ist doch kein Widerspruch: Wir wollen das eine tun und das andere im Interesse der bedürftigen Kinder nicht unterlassen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wie viel Geld geben Sie den Banken?)

Sie räumen einfach das Abstandsgebot beiseite.

(Karl Schultheis [SPD]: Das haben Sie weggeräumt!)

Sie haben sich mit Ihrem Gerede über die 5-€-Erhöhung von dem Lohnabstandsgebot schlichtweg verabschiedet. Was sagen Sie denn denen, die arbeiten und trotzdem weniger Einkommen haben als diejenigen, die nicht arbeiten?

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Hartz 5 ist das!)

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie verlieren mit Ihrer überzogenen Kritik ein Stück der Glaubwürdigkeit, die die ehemalige Volkspartei SPD einst ausgezeichnet hat.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Die Ministerpräsidentin, Frau Kraft, hat die Initiative der Bundesregierung als skandalös bezeichnet.

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist sie auch!)

Ein Skandal ist aus unserer Sicht die Reaktion der Ministerpräsidentin. Es ist im Hinblick auf das Bildungspaket für Kinder und Jugendliche sogar außerordentlich empörend, anzukündigen, das Gesetz im Bundesrat zu Fall bringen zu wollen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD hat Frau Abgeordnete Gebhard das Wort.

**Heike Gebhard (SPD):** Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Post, Herr Dr. Romberg und Herr Preuß, ich möchte Ihnen eines sagen: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen schmeißen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Bevor Sie hier beklagen, dass ein vielleicht nicht gut gelungenes Gesetz jetzt korrigiert wird, sollten Sie sich an Ihre eigene Nase packen und sich einmal anschauen, wie viele Verfassungsgerichtsurteile Sie in der letzten Legislaturperiode in diesem Hause bekommen haben, die dazu führen, dass wir jetzt Gesetze korrigieren müssen,

(Norbert Post [CDU]: Ich höre! – Dr. Stefan Romberg [FDP]: Nicht so viele wie Sie!)

und wie viele Oberverwaltungsgerichtsurteile Sie bekommen haben. Als Beispiel nenne ich nur das Stichwort „Versorgungsverwaltung“; das Gericht hat festgestellt, dass Sie die Menschen zu Unrecht umgesetzt haben. Ich könnte noch viele Beispiele anführen. Im Laufe des heutigen Tages werden wir auch noch ein weiteres Gesetz korrigieren.

(Norbert Post [CDU]: Das ist auf demselben Mist gewachsen!)

Ich denke also, dass Sie mit solchen Angriffen sehr vorsichtig sein sollten.

Ferner haben Sie hier das Wort benutzt, dieser Gesetzentwurf sei „ordentlich“. Was ist denn daran ordentlich, wenn Sie die Berechnungsgrundlage plötzlich so verändern, dass Sie nicht wie üblich die unteren 20 % der nach dem Nettoeinkommen geschichteten Haushalte betrachten, sondern die unteren 15 %, also den Anteil unheimlich verkleinern? Genau den Zirkelschluss, also genau das, was nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts nicht passieren darf, haben Sie da hineingelegt. Dann von Transparenz und Ordentlichkeit zu reden, finde ich, ist schon sehr heftig.

Sie haben etwas Weiteres getan, was mich besonders traurig macht. Der Kollege Garbrecht hat schon darauf hingewiesen, dass wir in der letzten Legislaturperiode beim Thema „Kinderarmut“ einen gewissen Konsens in diesem Hause hatten. Diesen Konsens haben Sie nun mutwillig verlassen. Herr Post, ich bin sehr entsetzt, dass Sie sogar gesagt haben, dass das Ganze nicht von Ihren Kollegen in Berlin gemacht worden sei, sondern dass der heimliche Gesetzeschreiber in Berlin ausgerechnet der Kollege Laumann war, der noch im Februar dieses Jahres, als wir das Verfassungsgerichtsurteil bekommen hatten, hier im Ausschuss erklärt hat, welche Chancen jetzt darin bestünden, im Sinne der Kinder tatsächlich eine Korrektur an der Bedarfsfestellung vorzunehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wo ist das denn geblieben? Es ist erst ein paar Monate her, dass so gesprochen worden ist – und jetzt wird etwas verteidigt, bei dem das genau nicht passiert.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Abstandsgebot!)

Wir haben hier im Hause diskutiert, was es bedeutet, wenn Kinder Wachstumssprünge machen und plötzlich innerhalb eines Jahres nicht mit einem Paar neuen Schuhen auskommen, sondern drei oder vier Paar brauchen, weil sie ganze Größen überspringen. Das Gleiche gilt für die Körpergröße und damit für Textilien. Wir haben darüber diskutiert, welche Sonderleistungen in der Schule auf Familien zukommen, die so nicht finanzierbar sind. Wo ist das alles geblieben?

Herr Preuß, Sie haben hier behauptet, dass man mit 12,50 € in einen Sportverein gehen, an Ferienfreizeiten teilnehmen und auch noch Musikunterricht bekommen kann. Machen Sie mir das mal vor! Meine Kinder brauchen ein bisschen mehr Geld dafür. Für 12,50 € kriege ich gerade eine Musikstunde finanziert – dann muss es aber schon ein Freundschaftspreis sein und nicht der Preis, der in normalen Musikschulen fällig ist.

Das heißt, dass die Betroffenen das alles nicht geschultert bekommen. Der Öffentlichkeit zu erklären, dass die Kinder das jetzt alles bekommen würden, ist zynisch und gemein. Anders kann man das nicht bezeichnen.

(Manfred Palmen [CDU]: Sagen Sie doch mal, was Sie wollen! – Norbert Post [CDU]: Jetzt kommt die Lösung!)

Genauso gemein ist das Ausspielen von Menschen mit niedrigem Einkommen. Die ganze Auseinandersetzung um Tabak und Alkohol, die Sie führen, dient doch nur dazu, den Menschen, die wenig haben, zu unterstellen, dass sie das Geld, das sie bekommen, im Prinzip nur versaufen oder verqualmen wollen. Ich frage diejenigen von Ihnen, die Raucher sind: Kommen Sie mit zwei Schachteln Zigaretten im Monat aus? Wahrscheinlich nicht! Mehr Geld wurde aber nicht zugestanden. Und auch das haben Sie jetzt gestrichen. Oder: Kommen Sie tatsächlich mit 8 € im Monat für Bier aus? Wie viele Glas Bier können Sie denn davon trinken? Machen Sie sich also nicht lächerlich, indem Sie den Menschen so etwas erklären.

Ihnen geht es doch um etwas ganz anderes. Ihnen geht es darum, zu sagen: Diese Eltern sind nicht in der Lage, das Richtige für ihre Kinder zu tun. – Darum schieben Sie jetzt den Jobcentern die Verantwortung dafür zu, dass die Kinder Nachhilfe und Förderung bekommen. Es kann doch wohl nicht wahr sein, dass Sie Eltern derart entmündigen und eine Bundesanstalt mehr oder weniger damit beauftragen, das für Sie zu regeln.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie sollten vielmehr den Kurzbericht zur Kenntnis nehmen, den das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vor wenigen Wochen vorgelegt hat, in dem es mit den Vorurteilen bezüglich der Hartz-IV-Empfänger aufgeräumt hat. Motivation und Belastungsbereitschaft von Hartz-IV-Empfängern sind viel größer, als Sie offenbar unterstellen. Mehr als die Hälfte von ihnen bilden sich weiter, pflegen Angehörige, erziehen ihre Kinder oder arbeiten halbtags oder sogar Vollzeit.

Das eigentliche Problem ist doch, dass die Menschen arbeiten und sich anstrengen, aber nicht das bekommen, was sie eigentlich verdienen. Und darüber müssen wir miteinander reden. Dann dürfen Sie eben nicht hergehen und hier einen von Lohnabstandsgebot erzählen.

Ja, natürlich – das ist richtig –: Arbeit soll sich lohnen. Das sagen sich diejenigen, die aufstocken, auch. Arbeit müsste sich eigentlich lohnen. Verdammt noch einmal, warum gibt es überhaupt Löhne, die so niedrig sind, dass der Staat sie subventionieren muss, damit die Menschen, die für diese Löhne arbeiten, überhaupt die Grundsicherung erreichen? – Das kann doch wohl nicht wahr sein!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das heißt: Kämpfen Sie doch mit uns lieber dafür, dass diese Niedriglöhne steigen! Da gibt es nur eine Möglichkeit: Wir brauchen den flächendeckenden Mindestlohn! Wenn Sie da an unserer Seite sind, dann stellt sich auch ein entsprechender Abstand ein, dessen Fehlen Sie hier beklagen.

(Zuruf von der CDU: Weiße Salbe! – Zuruf von Dr. Stefan Romberg [FDP])

– Nicht ganz viele, Herr Romberg.

Mein Votum ist: Wir brauchen in der Tat den flächendeckenden Mindestlohn für alle. Dann werden sich darüber hinaus die Gewerkschaften über Weiteres verständigen.

(Zuruf von Dr. Stefan Romberg [FDP])

Das ist die einzige Chance: Es gilt, zu verhindern, dass wir mehr Sozialtransfers in Löhne stecken als in die Menschen, die sie direkt brauchen, weil sie keine Arbeit haben.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)**

Darum lassen Sie uns darüber streiten, wie wir den Kindern und den Familien helfen können, statt sie an die Wand zu stellen und ihnen zu sagen, sie seien nicht dazu in der Lage, ihre eigenen Kinder zu erziehen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. – Als Nächstes spricht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Maaßen.

**Martina Maaßen (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! 5 € mehr – dies ist ein Schlag ins Gesicht für jede Hilfeempfängerin und jeden Hilfeempfänger!

(Zuruf von der CDU: Und die, die es bezahlen müssen!)

Die Bundesregierung hätte es den Leistungsbeziehern nicht deutlicher zeigen können: Sie sind in unserer Gesellschaft nicht gewollt. Es ist nicht gewollt, dass sie am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Es ist nicht gewollt, dass sie soziale Kontakte pflegen, Geburtstageeinladungen annehmen oder Gaststätten besuchen. Es ist nicht gewollt, dass sie neben uns im Kino sitzen, schwimmen oder Bus fahren.

Denn ich frage Sie: Wie will man das denn auch machen mit 7 € für Gaststättenbesuche, mit 39 € für Kultur, Freizeit und Unterhaltung und mit 22 € für Fahrkarten, wenn die günstigste Monatskarte bereits 30 € kostet?

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ringen um die Existenz ist gewollt. Ausgrenzung ist gewollt. Soziale Exklusion ist gewollt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Soziale Teilhabe wird nun durch statistische Größen bestimmt. Soziale Teilhabe ist nun ganz offiziell eine Rechengröße. Soziale Gerechtigkeit ist nicht mehr das Leitmotiv der Sozialpolitik. Die Kassenlage bestimmt nun, was gerecht ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bildung, soziale und berufliche Bildung, ist der Schlüssel zur Teilhabe in unserer Gesellschaft, die sich weitestgehend durch Arbeit definiert. Hierfür stehen gerade einmal 1,39 € zur Verfügung.

Was heißt das eigentlich? – Eine Hilfeempfängerin kann sich nach fünf Monaten Ansparphase ein Taschenbuch für 7 € kaufen. Nach 21 Monaten ist vielleicht ein Fachbuch drin.

Das Bundesverfassungsgericht hat eine Orientierung an den tatsächlichen Lebenshaltungskosten angemahnt. Und was macht diese Bundesregierung? – Sie nimmt als Vergleichsgröße die 14 % der Ärmsten. Die Vergleichsgröße sind Menschen mit prekären Beschäftigungsverhältnissen: 6,5 Millionen Menschen, die 2008 im Niedriglohnsektor gearbeitet haben, und zwar für unter 8 € die Stunde, Menschen, die sich durchs Leben schlagen mit Suppenküchen, Tafeln und sozialen Wohnhäusern, die unterstützt werden von Wohlfahrtsverbänden und engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Hier wird Armut mit Armut verglichen und gegeneinander ausgespielt. Das, Herr Dr. Romberg, ist Ihr lebensnaher Denkansatz und Ihre schäbige Sozialpolitik.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Unverschämtheit!)

Die Orientierung der Hartz-IV-Sätze an der untersten Bevölkerungsschicht beschleunigt die Abwärtsspirale ins soziale Aus. Ausgrenzung wird zementiert.

Andere europäische Länder haben einen Mindestlohn. Es wurde hier schon sehr deutlich, dass das dazugehört und dass wir das fordern. Die Bundesregierung verweigert sich hier. Sie geht sogar noch einen Schritt weiter: Damit das Lohnabstandsgebot gewahrt wird, bleibt der Niedriglohnsektor als Maßstab für Grundsicherung erhalten.

Meine Damen und Herren, hinter der Gutscheinpraxis steht ein generelles Misstrauen gegenüber den Eltern. Eltern in Transferbezug wird Verantwortung und Fürsorge für ihre Kinder abgesprochen. Sie werden unter Generalverdacht gestellt.

Meine lieben Schwarz-Gelben, Einkommensarmut heißt nicht auch Fürsorgearmut. Dieser Generalverdacht ist durch nichts zu belegen, auch nicht durch schwarz-gelbe Stammtischparolen.

(Zuruf von der CDU: Machen Sie doch einmal einen Vorschlag!)

Das behaupten Sie.

(Zuruf von der CDU: Nein!)

Gutscheine führen zudem bei Kindern und Jugendlichen schnell zu einer Stigmatisierung. Ein Coming-out als Hilfebedürftiger dokumentiert Armut vor allen Augen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Herr Laumann, der jetzt leider nicht da ist, hat in der Presse eine Schlussfolgerung geäußert, die für mich absolut nicht plausibel ist. Er sagt, in NRW würden 400.000 Kinder von 240 Millionen € fürs Mittagessen profitieren. Dies entbehrt jeder Grundlage. Denn es stehen ja nur 120 Millionen € bundesweit zur Verfügung.

Was bedeutet das eigentlich? – 1,7 Millionen Kinder sind im Hartz-IV-Bezug. Wenn man das umrechnet, 500 Millionen € für Teilhabe und Bildung und 120 Millionen € für das Mittagessen, was bleibt denn da im Monat? – 24 € für Bildung, 6 € für das Mittagessen und 8 € für Schulmaterial.

Meine Damen und Herren der CDU und FDP, Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Kinder sind auch keine kleinen Arbeitslosen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Die Bundesregierung trägt die Haushaltskonsolidierung auf dem Rücken der Armen aus. Neben der nicht bedarfsgerechten Erhöhung fehlen Ansprüche auf einmalige Leistungen wie Waschmaschinen oder Kühlschränke. Es werden die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gekürzt, das Elterngeld, das Übergangsgeld.

Wir Grünen fordern – das haben Sie ja wahrscheinlich schon mitbekommen – einen Regelsatz von 420 €, eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung

(Zuruf von Dr. Stefan Romberg [FDP])

und einen generellen Mindestlohn. Denn es geht hier um Wertschätzung, um ein Selbstwertgefühl der Betroffenen, um Motivation zur Teilhabe und letztendlich um eine Perspektive, wieder eine Arbeit aufzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Maaßen. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Kollege Hafke.

**Marcel Hafke (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Debatte ist ja hoch spannend. Ich bin noch jung, aber ich kann mich trotzdem daran erinnern, wie dieses Gesetz,

über das wir hier diskutieren, eigentlich zustande gekommen ist. Ich muss hinzufügen: Es handelt sich um ein rot-grünes Gesetz;

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Vorsicht, Vorsicht! – Weiterer Widerspruch von der SPD)

das ist mir noch sehr gut im Gedächtnis. Der Ansatz in dem Gesetz war richtig, aber das Gesetz musste damals mit der heißen Nadel gestrickt werden. Die Probleme muss die heutige Bundesregierung ausbaden

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

und dort korrigieren, wo Sie damals Dinge nicht berücksichtigt haben. Ihr Gesetz ist verfassungswidrig. Das muss man in diesem Hause ein für alle Mal klar und deutlich sagen. Wir haben jetzt probiert, an den entsprechenden Punkten nachzusteuern.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Probiert, probiert!)

Ich sage das noch einmal mit aller Deutlichkeit. Man muss auch einmal schauen, was die Presse in den letzten Tagen geschrieben hat. Im „Handelsblatt“ heißt es: „Wer arbeitet, ist der Dumme.“

Meine Damen und Herren, das ist das eigentlich Unfaire und Ungerechte in unserer Gesellschaft, und da müssen wir zuerst ansetzen.

(Zuruf von der SPD)

Weiterhin war es für uns wichtig, Anreize und Hinzuverdienstmöglichkeiten zu schaffen, die bislang noch nicht ausreichend vorgesehen waren. Wir wollten, dass Hartz IV das Existenzminimum abdeckt. Wir haben probiert, das zu verbessern. Wir haben eine faire und transparente Berechnung eingeführt und nicht nach politischem Gutdünken eine Zahl in den Raum geworfen, sondern klar erklärt, wie die Zahlen auszusehen haben, sodass es jeder Bürger nachvollziehen kann. Das ist das, was das Verfassungsgericht vorgegeben hat.

Meine Kollegen und Damen und Herren, ich sehe hier große Aufruhr eher in der Hinsicht, dass Sie sich Ihrer Verantwortung nicht stellen wollen. Anerkennen Sie die Tatsache, dass das Hartz-IV-Gesetz von Ihnen stammt, und nehmen Sie endlich Stellung dazu!

(Beifall von der FDP und von der CDU – Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Und den Vermittlungsausschuss verschweigen Sie!)

– Frau Kraft, zu Ihnen komme ich gleich auch noch einmal. Jetzt muss ich mich erst an SPD und Grünen abarbeiten. Ich finde, dass Sie, Herr Garbrecht und Frau Gebhard, eben eine hoch emotionale Rede gehalten haben. Aber bitte halten Sie diese auf Ihren Parteitag. Wir hatten das am Wochenende schon von Herrn Gabriel. Das hat nichts im Parlament zu suchen. Sie haben nicht einen konstruktiven Vorschlag gemacht, wie eine Verbesserung aussehen kann.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Frau Kraft, Sie lassen sich abdrucken mit den Worten „Das Schlimmste verhindern!“

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ich lass mich abdrucken?)

– Ja, der Gesetzentwurf wäre skandalös, sagen Sie.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

– Da können Sie klatschen, wie Sie wollen. – Ich möchte von Ihnen wissen, was daran skandalös ist, erstens ein verfassungswidriges Gesetz zu korrigieren und zweitens 1 Milliarde € mehr Geld auszugeben. Was ist daran skandalös? Das möchte ich von Ihnen hier und heute erklärt haben.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Und ein weiteres Argument: Ist es skandalös und müssen Sie da das Schlimmste verhindern, wenn man für Kinder 620 Millionen € mehr ausgibt?

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zurufe von der LINKEN)

Frau Kraft, da widersprechen sich sogar die Mitglieder Ihrer Landesregierung oder Sie haben dazu noch nicht klar Stellung bezogen. Ihr Minister hat eben gesagt: Dieses Gesetz wird im Bundesrat keine Zustimmung von Rot-Grün finden. Sie haben bislang noch keine klare Position eingenommen, ob Sie diesem Gesetz Ihre Zustimmung geben wollen. Wenn Sie diesem Gesetz nicht zustimmen wollen, machen Sie eine Politik gegen Kinder und Jugendliche und gegen mehr Transparenz.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Lachen und Zurufe von der SPD)

Das muss man hier als Ergebnis abschließend festhalten. – Vielen Dank

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Zimmermann für die Fraktion Die Linke das Wort.

**Wolfgang Zimmermann (LINKE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Manchmal habe ich den Eindruck, einige wissen gar nicht, wie der Begriff Sozialstaat überhaupt geschrieben wird.

(Beifall von der LINKEN)

Herr Hafke, ich sage Ihnen einmal, was skandalös ist, damit Sie noch etwas im Leben lernen können. Der Tagessatz für Lebensmittel und Getränke – Herr Hafke, hören Sie mal zu, damit Sie etwas lernen können – für einen Erwachsenen beträgt 4,28 €, für Jugendliche von 15 bis 18 Jahren 4,13 €, für Kinder von 7 bis 14 Jahren 3,22 € und für Kinder

bis 6 Jahren 2,62 €. Dann gibt es in Deutschland, diesem schönen Lande, einen Tagessatz von 6,80 €. Jetzt raten Sie einmal, wer den bekommt. – Das ist der durchschnittliche Tagessatz eines Polizeihundes in Deutschland. Der bekommt mehr als Kinder, Jugendliche und Erwachsene am Tag für Lebensmittel und Getränke. Damit sollten Sie sich einmal beschäftigen.

Die Hartz-IV-Gesetze beruhen auf mehreren falschen Annahmen. Die erste Annahme der Hartz-Gesetze ist, dass Menschen nicht arbeiten wollen. Ich sage Ihnen: Die Praxis zeigt, dass sich die Menschen bemühen, einen Job zu finden. Und sie jetzt zu verunglimpfen, indem man sagt, sie wollten gar nicht arbeiten, und man müsste sie zur Arbeit zwingen, ist der eigentliche Skandal.

(Beifall von der LINKEN)

Die zweite Grundannahme der Hartz-Gesetze ist, dass die Löhne zu hoch sind. Ein Ziel der Hartz-Gesetze besteht darin, die Löhne zu senken. Das war und ist der Sinn von Hartz IV. Das ist Ihnen leider auch gelungen, wenn Sie sich die Lohnquote in unserem Land anschauen. Fakt ist, dass die Löhne, insbesondere die Niedriglöhne, in unserem Land gesunken sind. Das ist der zweite Skandal. Immer mehr Menschen verdienen so wenig, dass sie auf Sozialleistungen angewiesen sind. Der Staat subventioniert dadurch Unternehmen, die niedrige Löhne zahlen. Wir Steuerzahlerinnen und Steuerzahler subventionieren diese Unternehmen.

Deshalb halten wir es nach wie vor für dringend notwendig, dass eine Untergrenze beim Lohn eingeführt wird. Wir brauchen einen Mindestlohn von mindestens 10 €.

(Beifall von der LINKEN)

Das alleine ist wichtig.

Wir sehen doch, meine Damen und Herren – das richte ich auch an die Kolleginnen und Kollegen der SPD und der Grünen –, dass es in anderen Ländern, die nicht nur über eine Forderung diskutieren, Mindestlöhne gibt, die nahe an unsere Forderungen herankommen. Vielleicht nehmen Sie einmal zur Kenntnis, dass in Luxemburg der Mindestlohn zurzeit 9,73 € beträgt, in Frankreich 8,86 €. Der ist übrigens in 2010 um 1,7 % und in Luxemburg um 2,5 % erhöht worden.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Hören Sie genau zu! – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es ist sehr erfreulich, wenn ich von der SPD höre – das ist eine Genugtuung für mich –, dass immer öfter vom Mindestlohn gesprochen wird. Ich sage Ihnen aber auch: Es ist befremdlich, dass es die SPD auf Bundesebene in zwei Legislaturen im Bundestag mit den Grünen zusammen nicht geschafft hat, ihn einzuführen. Da war die Chance!

(Beifall von der LINKEN)

Da war man nicht auf die CDU und die Blockierer von der FDP angewiesen.

Meine Damen und Herren, alle Hartz-Parteien – SPD, CDU, FDP und die Grünen – haben vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Ohrfeige bekommen. Der Kern ist die Antwort auf die Frage: Wie viel Geld wird gezahlt? Wenn das Bundesverfassungsgericht feststellt, dass die Sätze falsch berechnet sind, haben wir den Punkt erreicht, dass das Existenzminimum nicht gewährt wird.

Statt Hartz IV und 5 wollen wir eine wirklich repressionsfreie und bedarfsorientierte Grundsicherung. Das ist das, was die Menschen brauchen.

(Beifall von der LINKEN)

Als ersten Schritt, weil dieser mit der Bundesregierung nicht zu machen ist, wollen wir einen Regelsatz von 500 € plus Kosten für die Unterkunft. Alleine das ist menschenwürdig oder reicht zumindest an ein menschenwürdiges Auskommen heran.

(Beifall von der LINKEN)

Dann sind wir auch im Hinblick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts auf der sicheren Seite.

Und wir wollen, dass das Ganze sanktionsfrei abläuft.

In einem zweiten Schritt – das ist notwendig; das richte ich vor allen Dingen an SPD und Grüne – muss, wenn die Chance besteht, diese schwarzgelbe Regierung in Berlin endlich abzulösen, Hartz IV vollständig abgeschafft werden und durch eine repressionsfreie und bedarfsdeckende Mindestsicherung ersetzt werden.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist auch verfassungskonform, und alleine das würde den Menschen die Angst vor der Arbeitslosigkeit nehmen.

Ich habe geglaubt, es hätte ein Lernprozess zumindest innerhalb der SPD und der Grünen stattgefunden. Aber, halten Sie Ihren Kurt Beck im Zaum! Er hat heute Morgen im Radio schon davon gesprochen, dass er kompromissbereit wäre. Ich hoffe, dass das nicht auf die gesamte SPD zutrifft, dass es Kompromisse im Bundesrat gibt. Ich darf Sie hier und heute auffordern: Bleiben Sie hart, und sorgen Sie im Bundesrat mit dafür, dass die Pläne der CDU und der FDP nicht durchkommen!

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist beendet.

**Wolfgang Zimmermann (LINKE):** Ich komme zum Schluss. Ich sage Ihnen aber auch eines: Wir hoffen, dass die betroffenen Menschen in diesem Lan-

de ihren Widerstand gegen diese Bundesregierung, die sich mit ihren Plänen Arm in Arm mit dem Kapital hart am Rande der organisierten Politkriminalität bewegt,

(Beifall von der LINKEN – Widerspruch von der CDU)

massiv auf die Straße tragen.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege, bitte, Ihre Redezeit ist beendet.

**Wolfgang Zimmermann (LINKE):** Und da, auf der Straße, stehen wir dann an der Seite der Betroffenen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von der CDU: Frechheit!)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Zimmermann. – Für die Landesregierung spricht Minister Schneider.

**Guntram Schneider,** Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch zu einigen Punkten Stellung nehmen.

Herr Hafke hat gefragt, warum die Landesregierung diesem Gesetzentwurf, der jetzt auf dem Tisch liegt, nicht zustimmen kann. – Die Antwort ist ganz einfach. Dieser Gesetzentwurf ist unsolid, die materiellen Leistungen, die in ihm vorhanden sind, sind unzureichend,

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

und deshalb kann dies mit der Stimme Nordrhein-Westfalens nicht Gesetz werden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es muss Ihnen doch zu denken geben, dass nicht nur innerhalb der politischen Parteien über diesen Gesetzentwurf hart diskutiert wird und an diesem Werk massiv Kritik geübt wird. Sind denn die Evangelische und die Katholische Kirche jetzt auf dem Weg in den Linksextremismus?

(Manfred Palmén [CDU]: Es sind 56 % der Bevölkerung, die dagegen sind!)

Ist denn der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband keine seriöse Stelle, die die Dinge, die zur Diskussion stehen, einschätzen kann?

Ich würde nicht so selbstzufrieden behaupten wollen, dieser Gesetzentwurf sei der Stein der Weisen. – Er ist es nicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deshalb müssen wir gemeinsam daran arbeiten, dass dies ein rundes Gesetz wird, das den Interessen der Betroffenen entspricht. Natürlich spielt da Geld eine Rolle. Aber ich sage Ihnen: Investitionen in Kinder sind immer gerechtfertigt und die besten Zukunftsinvestitionen. Auch dies müsste sich herumgesprochen haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Weil das so ist, wird die Landesregierung den runden Tisch zur Kinderarmut wieder neu beleben, und wir werden ihn zu einer Einrichtung machen, die sehr konkret daran mitarbeitet, Kinderarmut zu bekämpfen – in Nordrhein-Westfalen und wohl auch anderswo.

Was wollen wir? – Wir wollen zunächst einmal die vom Verfassungsgericht eingeforderte Transparenz hergestellt wissen. Wir müssen Klarheit darüber haben, worüber überhaupt geredet wird. Diese Klarheit ist bis jetzt in weiten Bereichen nicht vorhanden. Deshalb beginnt hier eine seriöse Diskussion über das, was auf dem Tisch liegt, und über das, was wir haben wollen.

Ich kann die Rederei, dass diejenigen, die arbeiten, die Dummen sind, nicht mehr hören.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Unterstellen Sie doch den Menschen, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II in Anspruch nehmen müssen, nicht, dass sie nicht arbeiten wollen! Was ist das überhaupt für ein Menschenbild – Theodor Heuss hätte sich im Grab umgedreht –,

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Ali Atalan [LINKE])

was dahinter steht? Ich sage Ihnen – auch dies ist empirisch untersucht –: Die Bereitschaft, eine Arbeit, gleich welcher Art, aufzunehmen, ist bei denjenigen, die Sozialleistungen in Anspruch nehmen müssen, extrem hoch. Sie wollen raus aus ihrer Situation, weil sie gesellschaftlich diskriminiert werden.

Deshalb ist eine ordentliche Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik die beste Sozialpolitik. Daher ist es völlig unverständlich, warum Sie gerade in diesen Bereichen, bei der Arbeitsmarktpolitik, streichen wollen.

(Beifall von der SPD)

Die Zahlen sind hier genannt worden. Das Land wird ein Stück weit alleingelassen.

Ich bin ein vehementer Anhänger des Mindestlohns, weil er auch etwas mit Menschlichkeit zu tun hat. Ich warne aber davor, mit Zahlen über Land zu ziehen. Auch ein Mindestlohn setzt eine entsprechende Wertschöpfung voraus. Nicht jeder Arbeitsplatz ist so beschaffen, dass man einen Stundenlohn von 15 € oder 20 € zahlen kann. Bevor Zahlen genannt werden, sollten wir eine Systema-

tik entwickeln, aus der wir die Zahlen ableiten können. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Ich warne vor einem politischen Wettlauf hinsichtlich der Höhe der Mindestlöhne; diese Angelegenheit muss anders angegangen werden.

Herr Dr. Romberg, Sie haben gesagt, Rot-Grün hätte alles falsch gemacht. – Aber wer hat denn bei den berühmten Sitzungen des Vermittlungsausschusses mit am Tisch gegessen?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Doch wohl auch Herr Kollege Laumann! Die Verantwortung für das, was repariert werden musste, verteilt sich also auf mehrere Schultern.

(Marcel Hafke [FDP]: Ich bin nicht Kollege Laumann!)

– Es ist unübersehbar, dass Sie das nicht sind, Herr Hafke.

Herr Dr. Romberg, Sie und Ihre Partei machen sich jetzt auf, die Reparaturarbeiten zu leisten. Sie kommen mir dabei aber vor wie ein Sub-Subunternehmer – aber ohne Meistertitel!

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

Dafür haben Sie in der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland zu viel zulasten der sozial Schwachen sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angerichtet.

Ich wiederhole nochmals: Wir brauchen vernünftige Leistungen für die Kinder derjenigen, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II beziehen müssen. Wir brauchen eine angemessene Anhebung der Sätze, damit auch für diesen großen Bevölkerungsteil ein menschenwürdiges Leben möglich ist. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –  
Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Kollegin Hendricks.

**Renate Hendricks (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in der letzten Legislaturperiode in diesem Hohen Hause bereits mehrfach über Hartz IV diskutiert. Diese Diskussion hat nicht immer die ungeteilte Aufmerksamkeit aller Mitglieder dieses Plenums erfahren, denn wir wissen, dass es auch Abgeordnete der CDU gab, die stattdessen in Panini-Heften geblättert haben.

(Widerspruch von der CDU)

Ich würde mir wünschen, dass wir die Diskussion hier und heute ernsthafter führen. Diesen Eindruck habe ich aber nicht unbedingt, wenn ich mir das

Popkonzert der Ignoranz in den Reihen der CDU anschau.

Herr Hafke, Sie haben eben darauf hingewiesen, die FDP sei nicht an der Hartz-IV-Gesetzgebung beteiligt gewesen. – Deshalb möchte ich Ihnen ein wenig Nachhilfe in Geschichte geben: Im Vermittlungsausschuss hat die FDP der Gesetzgebung damals zugestimmt. Insofern waren auch Sie mit der damaligen Gesetzgebung einverstanden. Wir alle haben jetzt die Aufgabe, nachzubessern.

Lassen Sie uns einmal innehalten: In der letzten Legislaturperiode haben sich alle Fraktionen dieses Hauses intensiv mit Kinderarmut beschäftigt. Wir haben zum Beispiel mit den Wohlfahrtsverbänden gesprochen und uns angehört, was die AWO und die Caritas zu berichten hatten. Wir alle wissen, wie dramatisch die Lage von Kindern in Nordrhein-Westfalen teilweise ist.

Das betrifft nicht nur die Kinder, die ALG-II- bzw. Hartz-IV-Regelsätze bekommen, sondern wir haben insgesamt 815.000 Kinder in Nordrhein-Westfalen, die von Armut bedroht sind; Sie, Herr Laumann, haben damals den Armutsbericht vorgelegt. Deshalb geht es nicht nur darum, die Regelsätze zu diskutieren, sondern es geht auch darum, sich mit Kinderarmut insgesamt auseinanderzusetzen.

Wir möchten einen Systemwechsel: Wir wollen eine Grundsicherung für alle Kinder, damit sie sicher aufwachsen können.

Der Landtag hat sich in der Enquetekommission „Chancen für Kinder“ auch mit diesem Thema beschäftigt und eine ganze Reihe von Empfehlungen auf den Weg gebracht. Wir haben – das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich – an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Hoffnung geknüpft, dass die Politik sich ernsthaft mit Kinderarmut beschäftigen wird.

Tatsächlich sind jetzt aber Regelsätze errechnet worden, die genau diese Ernsthaftigkeit vermissen lassen und nicht die von Frau Ministerpräsidentin Kraft immer wieder geforderte frühe Prävention und ausreichende Lebensgrundlage für Kinder sicherstellen.

Armut bedeutet einen Mangel an Einkommen, einen Mangel an Bildung und einen Mangel an Lebensperspektiven. Arme Kinder haben in unserer Gesellschaft eigentlich keinen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, und daran ändert sich auch mit dem jetzt geschnürten Paket nichts. Dieses Paket weist keinen Weg für die betroffenen Kinder.

Schauen wir uns einmal die konkreten Zahlen an. Es gibt ein Bildungspaket in Höhe von 250 €, in dem aber 100 € enthalten sind, die wir in Form des Schulstarterpakets schon lange auf den Weg gebracht haben. Zu Beginn des Schuljahres werden jetzt 70 € aus dem Schulstarterpaket gezahlt, später noch einmal 30 €. Die übrigen 150 € verteilen sich

auf das gesamte Jahr. Als Mutter von fünf Kindern kann ich Ihnen sagen, dass ich nicht wüsste, wie ich das, was ich für meine Kinder an Bildung realisieren will, mit diesem Geld auf den Weg bringen sollte. Das ist eine Farce!

(Beifall von der SPD)

Wir werden diese Festlegung der Regelsätze überprüfen lassen und uns dagegen wehren, weil wir der Auffassung sind, dass die Kinder die Zukunft unserer Gesellschaft sind. Sie stehen auch für unsere wirtschaftliche Zukunft, und am Ende sind sie es, die beurteilt werden, welche Politik wir gemacht haben. Wenn wir die Kinder weiter so behandeln, wie es zurzeit in diesem Land geschieht, dann werden unsere Kinder uns in Zukunft nicht mehr achten. Das dürfen wir nicht zulassen.

Tatsächlich werden mit dem von Frau von der Leyen auf den Weg gebrachten Paket nur die Nachhilfeeinstitute gepöppelt. Das wollen wir aber nicht. Wir wollen stattdessen die Kinder unterstützen. Es ist interessant, was bereits jetzt aus dem Bereich der kommerziellen Nachhilfe zu hören ist. Man ist dabei, sich aufzustellen und zu schauen, wie man mit dem Paket ein Geschäft machen kann. Es geht aber nicht darum, ein Geschäft zu machen, sondern es geht um die Frage, wie wir Kinder und Jugendliche am besten unterstützen können.

Dafür ist das auf den Weg gebrachte Gesetz völlig ungeeignet, und deshalb werden wir ihm so nicht zustimmen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –  
Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Hendricks. – Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Schäfer.

**Ute Schäfer,** Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich erneut zu Wort gemeldet, um hier im Parlament noch einmal die Stimme für die Kinder in Nordrhein-Westfalen zu erheben, weil hier vielfach Zwischenrufe gekommen sind wie: Was tun Sie denn? Was machen Sie denn? Sie kritisieren ja nur! Und Zukunftsinvestitionen in Bildung lehnen Sie ab!

Wir lehnen ein ganz bestimmtes System ab, und zwar das System, das jetzt auf Bundesebene etabliert werden soll, nämlich 150 € pro Kind.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Lehnen Sie lieber Hartz IV ab!)

Viele meiner Vorrednerinnen haben schon deutlich gemacht, was das bedeutet: Das sind 12 € im Monat. Und davon sollen Nachhilfe, Sportverein, Musikschule finanziert werden.

(Dr. Stefan Romberg [FDP]: Was war denn vorher? – Zuruf von Armin Laschet [CDU] – Weitere Zurufe)

– Herr Laschet, ich wäre an Ihrer Stelle erst einmal ruhig und würde nur zuhören. Sie können sich ja gerne noch einmal zu Wort melden.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie können Ihren Beitrag gern gleich noch leisten, aber hören Sie bitte erst einmal zu.

(Armin Laschet [CDU]: Das ist doch nur, weil es das Verfassungsgericht geschluckt hat!)

Herr Laschet, wer entscheidet darüber, wie diese 12,50 € im Monat ausgegeben werden? Eine Person in der Arge entscheidet darüber, wie dieses Geld ausgegeben wird. Geht das Kind zur Musikschule, oder bekommt das Kind eine Nachhilfestunde – wer entscheidet das? Es ist ein völlig falscher Ansatz, auf Kinderarmut so zu reagieren, dass man Kinder zu Bittstellern bei Argen macht. Das möchte ich noch einmal ganz deutlich sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Palmen sagt dann gerne: „Wir verschulden uns für die Zukunft. – Was machen Sie aber dann mit den Kindern?“ Was wir in Nordrhein-Westfalen machen wollen, das hat die Ministerpräsidentin sehr deutlich gemacht. Wir werden im Nachtragshaushalt 150 Millionen € bereitstellen, damit man Plätze für Kinder unter drei Jahren ausbauen kann und die Kommunen diese Plätze schaffen können. Herr Laschet, das haben Sie uns als schwarzes Loch hinterlassen. Punkt 1!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: 1,3 Milliarden für die WestLB! – Ralf Witzel [FDP]: Wer hat das denn finanziert? – Armin Laschet [CDU]: Das ist für lau? – Weitere Zurufe)

– Warum regen Sie sich denn so auf, wenn ich Ihnen noch einmal erkläre, was wir denn tun.

(Manfred Palmen [CDU]: Das, was Sie erzählen, ist traurig!)

– Herr Palmen, Sie wollen es doch hören, oder nicht? Dann hören Sie doch zu.

Punkt 2! 240 Millionen € werden wir im Haushalt 2011 für Kindertageseinrichtungen zur Verfügung stellen. Wir stellen das dritte Kindergartenjahr beitragsfrei und helfen damit ...

(Dr. Stefan Romberg [FDP]: Das ist rein schuldenfinanziert! – Ralf Witzel [FDP]: Wo ist die Gegenfinanzierung? – Weitere lebhaftere Zurufe)

– Ich bin ja geduldig. Wenn die Redezeit so lange angehalten wird, können Sie erst einmal brüllen, und dann werde ich gleich noch einmal versuchen, sachlich zu argumentieren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Also: Wir werden dieses Geld in die Hand nehmen, weil wir der Meinung sind, dass es Investitionen in die Zukunft sind, Investitionen in die Strukturen, die Kinder brauchen, nämlich in Kindertageseinrichtungen und in Schulen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Auch beim offenen Ganzttag werden wir nacharbeiten müssen; denn das, was die Kommunen pro Platz bekommen, ist zu wenig, um die Qualität zu halten. Auch das werden wir hier in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr mit dem Haushalt 2011 machen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –  
Zurufe von der CDU – Unruhe)

Noch einmal: Alle Forscher sagen Ihnen ganz klar: Wenn bei Kinderarmut vernünftig geholfen werden soll, damit Kinder Zugang zu Sport, Musik und weiteren Förderungen haben, dann muss das in den Strukturen der Kitas und der Schulen passieren. Alles andere ist rausgeschmissenes Geld.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Und genau so werden wir das nächste Jahr machen. Diese 150 € pro Kind pro Jahr werden überhaupt nichts bringen, weil Kinder dort, wo sie sind, nämlich in der Einrichtung, die Förderung brauchen, die sie zu Hause vielleicht nicht bekommen haben, nämlich den Zugang zur Musik, den Zugang zum Sport und – jetzt komme ich zu einem weiteren Punkt – die Förderung im Unterricht. Ich finde es eine Bankrotterklärung für Deutschland, dass wir Nachhilfe über die Arge organisieren wollen, wenn wir es in unseren Schulen nicht schaffen. Das müssen wir gemeinsam schaffen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich bin Herrn Minister Schneider sehr dankbar dafür, dass er den runden Tisch zur Kinderarmut wieder einrichten wird, weil dort genau die Debatte, die wir führen müssen, stattfinden kann. Wir müssen in unseren Einrichtungen besser werden. Da sind wir noch lange nicht gut genug; das wissen wir auch. Ich an Ihrer Stelle würde da nicht so viel brüllen, sondern diesen runden Tisch zur Kinderarmut mit unterstützen. Sie können auch beim Nachtrag 2011 einiges dafür tun, damit es den Kindern in Nordrhein-Westfalen besser geht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –  
Fortgesetzt Unruhe)

Ein letztes Wort, da Sie sich so dafür loben, was Schwarz-Gelb angeblich für Kinder und für Kitas tut. Was für eine Widersprüchlichkeit, ab 2013 das Betreuungsgeld einzuführen und damit nämlich genau die Kinder aus den Tageseinrichtungen fernzuhalten, die wir dringend in diesen Kindertageseinrichtungen brauchen!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Da sollten Sie einmal laut werden und anfangen zu brüllen und der Kollegin in Bayern einmal sagen, was Sie für richtig halten. Über solche Wortbeiträge würde ich mich freuen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Ministerin Schäfer. – Lebhaftige Debatten sind das Salz in der Suppe. Aber eine Grundunruhe, die extrem hoch ist, führt demnächst dazu, dass wir hier oben etwas klarer darauf dringen müssen, dass die Ordnung des Hauses eingehalten wird.

(Unruhe von der CDU)

Für die CDU hat jetzt der Kollege Laumann das Wort.

(Minister Guntram Schneider: Ah, jetzt zum Schluss kommt er!)

**Karl-Josef Laumann (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schäfer, Ihre Rede hat mich veranlasst, hier noch einmal das Wort zu ergreifen. Wissen Sie, eine solche Doppelzüngigkeit,

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sagt der Richtige!)

wie ich sie bei Ihnen erlebt habe, ist mir hier selten untergekommen. Sie haben 2005 die Landesregierung abgegeben, als es so gut wie keine Ganztagschulen, so gut wie keine U3-Plätze gab,

(Beifall von der CDU und von der FDP)

und jetzt stellen Sie sich hierhin und bilden eine Legende, als wären die Strukturen in diesem Land nicht weiterentwickelt worden.

(Zuruf von der SPD: Wie war das mit der Doppelzüngigkeit?)

Da Sie damals auch schon im Kabinett waren, wissen Sie sehr wohl, worüber ich rede.

Ein weiterer Punkt: Es ist doch richtig, dass hier im Landtag über die Frage geredet wird, wie wir das mit den Kindern, die in den SGB-II-Familien leben, besser hinkriegen. In Nordrhein-Westfalen sind das immerhin 438.000 Kinder. Aber jetzt sollten Sie doch einmal zugeben, dass mit den Entscheidungen der Bundesregierung hier eine Menge gemacht wird.

Es ist schon ein riesiger Fortschritt gegenüber den alten Bedarfssätzen, dass nunmehr jedem Kind in einer SGB II-Familie auch das Geld für einen Vereinsbeitrag zur Verfügung steht und nicht die Vereine diese Kinder eventuell beitragsfrei aufnehmen müssen und die Kinder immer hinten anstehen. Das ist, finde ich, schon ein Fortschritt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Endlich sind die Zeiten vorbei, in denen der Lehrer für SGB II-Kinder zum Förderverein gehen muss oder selber zahlt, weil sie an einem Ausflug teilnehmen wollen, aber von zu Hause kein Geld mitbekommen. Jetzt gibt es für Tagesausflüge pro Jahr 30 €, damit diese Kinder auch teilnehmen können, statt dem Förderverein oder anderen Leuten auf der Tasche liegen zu müssen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Schäfer, die Landesregierung ist an einem weiteren Punkt gefordert. Ich habe damals in meinem Haus den Fonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ verwaltet. Ich hätte mich als Sozialminister gefreut, wenn es auf Bundesebene eine Gesetzgebung gegeben hätte, die jedem Kind aus einer SGB II-Familie 2 € für ein warmes Mittagessen in einer Ganztageseinrichtung – unabhängig ob Kita oder Schule – zur Verfügung gestellt hätte. Sie wissen, dass Sie damit eine riesige Infrastruktur aufbauen können. Es ist einfach eine tolle Sache, dass wir es endlich geschafft haben, dass das warme Mittagessen im Hartz IV-Satz enthalten ist. Olaf Scholz hat das nie gewollt; das können wir beweisen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Schäfer, Sie halten eine große Rede und behaupten, das sei alles nicht gut. Die Bundesregierung hat aber noch gar nicht entschieden, welche Wege wir schaffen, damit das Geld auch bei den Kindern ankommt. Der Bundesregierung ist es nämlich wichtig, dass das Geld an der Stelle ankommt, die sich um das SGB II-Kind kümmert. Vor diesem Hintergrund ist es die Pflicht der Landesregierung, Herr Schneider, im Bundesrat keine Blockadepolitik zu betreiben, sondern mit dem Bund zusammenzuarbeiten, damit im Land Nordrhein-Westfalen Strukturen geschaffen werden, sodass das Geld bei den Leuten ankommt, die sich um diese Kinder kümmern. Das ist Ihre verdammte Pflicht als Regierung.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie sagen, das Paket für die Kinder sei nichts. Noch einmal: 120 € für Vereine, 30 € für Tagesausflüge! Wir haben in Nordrhein-Westfalen ungefähr 200 Schultage. Die mal zwei genommen für das Mittagessen ergeben sich 550 €, die zusätzlich für Bildung und soziale Teilhabe der Kinder zur Verfügung stehen. Nimmt man die mal 438.000, macht das alleine für Nordrhein-Westfalen ein Finanzvolumen von 240 Millionen €.

Da könnte eine Landesregierung „Danke schön, gute Bundesregierung!“ sagen, statt derart zu blockieren, dass dieses Geld nicht nach Nordrhein-Westfalen fließen kann. – Danke schön.

(Langanhaltender Beifall von der CDU – Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Laumann. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Redezeiten und die damit verabredeten Rederunden im Rahmen der Aktuellen Stunde sind erschöpft. Für die Landesregierung hat Frau Ministerpräsidentin Kraft um das Wort gebeten. Damit verlängern sich automatisch auch die Redezeiten für die Fraktionen.

Frau Ministerpräsidentin, bitte.

**Hannelore Kraft,** Ministerpräsidentin: Der Kollege Laumann hat hier eine sehr emotionale Rede gehalten. Deshalb möchte ich doch noch ein paar Dinge geraderücken.

(Unruhe)

– Es wäre schön, wenn ich die Zeit dazu hätte, ohne dass wir uns weiterhin gegenseitig anbrüllen.

Zur Richtigstellung: 4 Milliarden € kommen für den Ganzttag vom Bund. Das wissen Sie. U3 ist ein Bundesprogramm. Danach ist das Kooperationsverbot gekommen, das wir alle hier wirklich bedauern. Den offenen Ganzttag, lieber Herr Laumann, hat in Nordrhein-Westfalen Rot-Grün eingeführt. Auch das gehört zur Wahrheit. Schmücken Sie sich nicht mit fremden Federn!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Nehmen wir das, was auf dem Tisch liegt, ein bisschen auseinander und schauen genau hin. Das Verfassungsgericht hat gesagt, es müsse ein menschenwürdiges Leben möglich sein. Die Debatte ging im Wesentlichen auch um die Kindsätze. Schauen wir uns die Regelsätze an. Wir wollen wissen: Wie sind diese Regelsätze wirklich berechnet worden? – Transparenz fehlt. Willkürlich werden einmal die unteren 20 % und ein anderes Mal die unteren 15 % genommen. Je nachdem! Das geht so nicht. Wir wollen in die Daten hineinschauen und das nachvollziehen können. Diese Transparenz fordern wir ein. Das ist einer der wichtigsten Punkte.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Karl-Josef Laumann [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Herr Laumann, wir werden uns doch mit folgendem Sachverhalt beschäftigen müssen: Nimmt man die unteren 20 % oder die unteren 15 %, betrifft das all diejenigen – wir sollten an der Stelle wirklich einer Meinung sein –, die auf einem Niveau verdienen, wie wir alle dies in dieser Gesellschaft nicht wünschen. Dort sind nämlich die Dumping-Löhne und zum Teil die Aufstocker erhalten. Das führt doch die gesamte Statistik wirklich ad absurdum.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ein Blick auf das sogenannte Bildungspaket. Frau von der Leyen kann mit vielen blumigen Worten erklären, was alles an Wohltaten über unsere Kinder hereinbricht. Pro Kind hat sie 250 € fest zugesagt. Darin enthalten sind 100 € Schulbedarfspaket. Auch das haben wir schon eingeführt. Ich erinnere mich noch sehr gut an den Widerstand aus den CDU-Reihen zur damaligen Zeit. Die 100 € hat die SPD in Berlin eingekämpft. Diese 100 € sind sinnvoll. Warum diese 100 € jetzt auf 70 € zum Schuljahresanfang und 30 € zum Halbjahr aufgesplittet werden – okay, geschenkt.

150 € bleiben übrig. Davon wollen Sie die eintägigen Fahrten finanzieren, die Sportvereine und Kulturgeschichten unterbringen. Das funktioniert nicht. Das nimmt Ihnen draußen auch niemand ab, lieber Herr Kollege Laumann. Das wird die Situation unserer Kinder nicht maßgeblich verbessern.

(Beifall von der SPD)

Auch folgende Frage gehört in diesen Zusammenhang: Ist es wirklich sinnvoll, dass wir eine neue Struktur aufbauen, die zu einer wahnsinnigen Bürokratisierung der Argen führen wird? Sollen jetzt Arge-Mitarbeiter entscheiden, ob ein Kind nachhilfebefürdigt ist oder nicht? Damit bauen Sie eine Idiotie auf. Das ist neue Bürokratie. Das macht keinen Sinn.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich hatte unsere Debatten hier im Haus immer so verstanden, dass wir uns zumindest beim Thema „Kinderarmut“ einig sind und es darum geht, das Geld in die Strukturen zu stecken, die Strukturen zu stärken, damit den Kindern eine wirkliche Teilhabe möglich ist. Daran wollen wir arbeiten. Wir wollen nicht neue Bürokratie aufbauen. Wir wollen keine Chipkartensysteme, die Millionen kosten werden. Wir wollen keine Verträge mit Vereinen, mit der Arge und womöglich Ausschreibungen, ob die Bedingungen stimmen. Dann wird es keine Nachhilfe von dem Oberstufenschüler mehr geben, da er mit der Arge einen Vertrag machen muss. Dann werden nur wieder die kommerziellen Institute zum Zuge kommen. Es steht zu vermuten, dass hier wieder die Klientelpolitik der FDP am Werke ist.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –  
Vereinzelt Beifall von der LINKEN – Ralf Witzel [FDP]: Das ist ja peinlich!)

Wenn ich mir das alles anschau, dann werden wir im Bundesrat nicht blockieren, aber wir werden darüber diskutieren, und es wird in den Vermittlungsausschuss gehen.

(Zuruf von der LINKEN: Aha!)

Denn wir wollen wirkliche Verbesserungen für die Kinder erreichen. Diesen Druck werden wir machen und auch das Thema Mindestlohn auf den Tisch legen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ja, ja, große Koalition!)

Bei dieser Gelegenheit werden wir auch den Druck machen, den Ute Schäfer eben angesprochen hat, damit Sie endlich die unsägliche Prämie für Kinder, die nicht in den Kindergarten gehen, vom Tisch nehmen. Das Geld können wir wirklich sinnvoller einsetzen. – Danke.

(Anhaltender Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin Kraft. – Frau Ministerpräsidentin Kraft hat 4:30 Minuten für ihre Rede benötigt, sodass alle Fraktionen noch einmal dieselbe Redezeit bekommen.

Bisher liegt uns eine Wortmeldung von der FDP vor. Herr Papke hat das Wort.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Frau Präsidentin! Frau Ministerpräsidentin, bei allem Respekt: Ihr Beitrag gerade war genauso unsachlich wie unverfroren. Das will ich Ihnen in aller Klarheit sagen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Bundesregierung repariert ein verfassungswidriges Gesetz Ihrer alten Bundesregierung –

(Zuruf von der SPD: Nein!)

verfassungswidrig, so das Verfassungsgericht, wegen fehlender Transparenz der Berechnungsgrundlage –

(Günter Garbrecht [SPD]: Völlig falsch!)

und Sie beklagen hier die fehlende Transparenz in dem neuen Gesetz,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja, genau!)

mit dem wir Ihr verfassungswidriges Gesetz ersetzen und reparieren. Das ist doch überhaupt nicht redlich.

(Günter Garbrecht [SPD]: Haben Sie nur ein bisschen zugehört, Herr Papke?)

Zweiter Punkt: Die Bundesregierung weitert die Leistungen summa summarum um 1 Milliarde € aus. Es ist wichtig, sich anzuschauen, ob damit das Gebot der Leistungsgerechtigkeit auch wirklich eingehalten wird.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bleiben Sie doch mal bei dem einzelnen Kind!)

Es ist uns als FDP wichtig,

(Heike Gebhard [SPD]: Listen Sie doch mal auf, ...)

die Gesetzgebung so auszugestalten, dass dadurch genügend Anreize entstehen, in den ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren. Die Bundesregierung hat verabredet, das jetzt noch weiter zu ergänzen. Das ist wichtig. Wir brauchen eine Brücke zurück in den ersten Arbeitsmarkt.

(Beifall von der FDP)

Nur dann hat die Hartz-Gesetzgebung wirklich ihren Sinn erfüllt. Wir wollen nicht, dass Menschen auf Dauer in der Abhängigkeit des Sozialstaates verbleiben, auf Dauer zu Almosenempfängern werden. Das ist unsere Zielsetzung.

Fakt ist aber auch: Die christlich-liberale Bundesregierung weitet die Leistungen um 1 Milliarde € aus. Worüber beklagen Sie sich eigentlich?

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie glauben auch noch an den Weihnachtsmann! – Zurufe von der SPD)

Wenn Sie wollen, dass die Leistungen darüber hinaus ausgeweitet werden, dann sagen Sie doch bitte, meine Damen und Herren, und auch Sie, Frau Ministerpräsidentin, woher dieses Geld kommen soll. Wollen Sie den arbeitenden Menschen in diesem Land zumuten,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Mövenpick! – Zurufe von der SPD)

dass die Last auf ihren Schultern immer weiter zunimmt? Dann sagen Sie das hier vor dem Landtag.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Ja, dann sagen Sie das bitte auch.

Dritter Punkt: 620 Millionen € zusätzlich für die Kinder.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Und 1 Milliarde für die Hotels!)

Das hat die Bundesregierung, an der Sie über viele Jahre führend beteiligt waren, als Sie den Kanzler gestellt haben, nicht hinbekommen, Frau Ministerpräsidentin. Das ist doch die Realität.

(Beifall von der FDP)

Es gibt eine Initiative der neuen Bundesregierung, die den Kindern in Nordrhein-Westfalen und in ganz Deutschland Mittel in einem Volumen von 620 Millionen € zur Verfügung stellt,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da kommen einem ja die Tränen!)

und Sie und Ihre Familienministerin haben die Dreistigkeit, hier einzuklagen, es müsse mehr für die Kinder geschehen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

Es ist doch ein Stück aus Absurdistan, das Sie der Öffentlichkeit wieder einmal vorführen wollen.

(Beifall von der FDP)

Letzter Punkt – damit keine Legenden entstehen –: Bei der U3-Betreuung, Frau Ministerpräsidentin, gab es 11.800 Plätze, als Rot-Grün aus der Verantwortung davongejagt wurde –

(Zuruf von der SPD: Stimmt doch nicht!)

das schlechteste Betreuungsangebot in der gesamten Bundesrepublik Deutschland. Am Ende der Verantwortung der christlich-liberalen Koalition in Nordrhein-Westfalen waren es 100.000 Betreuungsplätze –

(Beifall von der FDP – Britta Altenkamp [SPD]: Das schlechteste Betreuungsergebnis in ganz Deutschland! – Weitere Zurufe)

86.000 Betreuungsplätze mehr. Das sind die Fakten.

(Britta Altenkamp [SPD]: Sie haben nichts erreicht! – Unruhe)

Die Fakten sind auch: Unsere Regierung hat erstmals dafür gesorgt, dass Ganztagschulen außerhalb der Gesamtschulen überhaupt entwickelt werden konnten. Keine Regierung hat so viel für die Ganztagsbetreuung, für die Familien getan wie die Regierung Rüttgers/Pinkwart.

(Britta Altenkamp [SPD]: Nichts erreicht, gar nichts! Die Leute angelogen!)

Konkret daran müssen Sie sich erst einmal messen lassen, Frau Ministerpräsidentin. Das ist die Wahrheit. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Papke. – Als nächste Rednerin für die Fraktion Die Linke Frau Dr. Butterwegge. Lassen Sie sich bitte gleich nicht von der Anzeige irritieren. Mit der Spontaneität der Debatte kann die Elektronik nicht mithalten. Sie haben 4:30 Minuten.

**Dr. Carolin Butterwegge (LINKE):** Gerade diese Spontaneität schätze ich. Jetzt wird es erst richtig spannend, meine Damen und Herren.

Das Hartz IV-Gesetz ist von Rot-Grün ins Werk gesetzt worden. Es ist ein schlechtes Gesetz, das mit einer heißen Nadel hastig gestrickt worden ist. Auch die Kinderregelsätze, die jetzt unverändert fortgeführt werden, sind nach wie vor unzureichend. Die Sachleistungen, die neu hinzukommen, sind stigmatisierend und diskriminierend. Das lehnen wir ab, meine Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN)

Ich wiederhole den Kernpunkt meiner vorherigen Rede: 480 Millionen € sollen demnächst für eine

Erhöhung der Regelsätze verausgabt werden. 480 Milliarden € waren es für die Rettungsschirme für die Banken. Das ist ein Missverhältnis, das die Politik des sozialen Kahlschlags von Schwarz-Gelb noch einmal zementiert.

Die Grünen sprachen eben davon, dass sie dem Gesetz im Bundesrat nicht zustimmen werden. Liebe Frau Kraft, habe ich mich verhört? Sie sagten, Sie würden das Gesetz nicht im Bundesrat blockieren,

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das geht in den Vermittlungsausschuss!)

Sie würden den Vermittlungsausschuss anrufen. Das ist eine Rumeierei.

(Beifall von der LINKEN – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Sie müssen sich entscheiden: Ist es ein schlechtes Gesetz, oder ist es ein gutes Gesetz?

(Zurufe von der SPD – Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie eiern schon wieder!)

Entweder sind die geäußerten Worte der Kritik Fensterreden oder nicht.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Weitere Zurufe von der SPD)

Wenn es ein schlechtes Gesetz ist, ist es abzulehnen. Wenn es ein gutes Gesetz ist, ist die Kritik hier Unfug.

(Heike Gebhard [SPD]: Was passiert denn, wenn eine Ablehnung erfolgt?)

Ihr Abstimmungsverhalten, liebe Abgeordnete von SPD und Grünen, wird der Lackmestest für die rot-grüne Minderheitsregierung.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Dr. Butterwegge. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich gucke noch einmal in die Runde, damit wir nichts übersehen. Es ist so. Ich schließe die Aktuelle Stunde.

Wir kommen, da wir uns in einer verbundenen Debatte befunden haben, zur Abstimmung über den Eilantrag. Sie wissen, dass nach unserer Geschäftsordnung Eilanträge direkt abzustimmen sind. Das tun wir jetzt auch. Wir stimmen also über den Inhalt des Eilantrags der Fraktion der FDP Drucksache 15/238 ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag ...

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Auszählen!)

– Bitte?

(Zurufe von der CDU)

– Nein, ich kann gerne noch einmal die Gegenprobe aufrufen, damit Sie es erneut sehen: Wer mit Nein stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Heiterkeit)

Vielen Dank. Damit ist der **Eilantrag Drucksache 15/238** bei Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken bei Zustimmung der Fraktionen der CDU und der FDP **abgelehnt**.

(Minister Johannes Remmel: Noch mal! Das war so schön!)

Wir verlassen diesen Tagesordnungspunkt und rufen auf:

## 2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/200

erste Lesung

In Verbindung mit:

### **Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes für das Jahr 2010**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/207

erste Lesung

Während Kolleginnen und Kollegen den Raum verlassen, darf ich noch einmal daran erinnern, dass die Fraktionen verabredet haben, die Debatte zur Einbringung des Nachtragshaushaltes unmittelbar nach der Einbringung und die Debatte zum GFG im Anschluss zu führen.

Für die **Einbringung des Nachtragshaushaltes** erteile ich für die Landesregierung dem Finanzminister, Dr. Walter-Borjans, das Wort.

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, den Raum etwas ruhiger zu verlassen, damit der Finanzminister die gebotene Ruhe hat.

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute den Entwurf für einen Nachtragshaushalt für das Jahr 2010 vor.

Nun hat es im Vorfeld schon eine ganze Reihe von starken Worten gegeben. Da war die Rede von Rekordverschuldung, vom Griechenland-Beauftragten der Landesregierung,